

WANDEL

Grundsatzprogramm



Impressum:

Wandel

Alser Straße 71/25

1080 Wien

Web: derwandel.at

Email: kontakt@derwandel.at

1. FINANZMÄRKTE UND FINANZPOLITIK.....	6
1.1 FINANZMÄRKTE.....	7
1.2 FINANZPOLITIK	10
2. BILDUNGSPOLITIK.....	14
2.1 VORSCHULISCHE BILDUNG UND FÖRDERUNG	17
2.2 PRIMÄRE UND SEKUNDÄRE BILDUNG	18
2.3 LEHRLINGSAUSBILDUNG	19
2.4 ERWACHSENENBILDUNG	21
2.5 KUNST UND KULTUR	22
3. WISSENSCHAFTS- UND FORSCHUNGSPOLITIK.....	24
3.1 TERTIÄRE BILDUNG	24
3.2 FORSCHUNG	25
4. WIRTSCHAFTSPOLITIK UND UMWELTPOLITIK.....	28
4.1 KMUs ALS BASIS FÜR STABILES UND NACHHALTIGES WIRTSCHAFTSWACHSTUM.....	30
4.2 VERURSACHERPRINZIP UND KOSTENWAHRHEIT: WER AUSLÖST ZAHLT	31
4.3 VERLUST AN BIODIVERSITÄT BETRIFFT UNS ALLE	32
4.4 ERNEUERBARE ENERGIEN: DIE UNERSCHÖPFLICHE QUELLE DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT.....	33
4.5 NACHHALTIGE MOBILITÄT.....	34
4.6 SOZIALE STABILITÄT DURCH MINDESTLOHN UND MAXIMALE ARBEITSZEIT.....	35
4.7 ZUSAMMENFASSUNG:	36
5. INNENPOLITIK	41
5.1 TRANSPARENZ IN DER POLITIK.....	41
5.2 INTEGRATION UND MIGRATION	43
5.3 ASYLPOLITIK.....	45
6. AUßENPOLITIK.....	47

7. SOZIALPOLITIK.....	50
7.1 PENSIONSSYSTEM	51
8. LANDWIRTSCHAFTSPOLITIK.....	54
9. FRAUENPOLITIK	57
10. JUSTIZPOLITIK	61
11. INFRASTRUKTURPOLITIK	63
12. GESUNDHEITSPOLITIK.....	65
13. VERTEIDIGUNGSPOLITIK.....	67

Immer mehr Menschen in Österreich spüren und wissen es. Unser "System" droht aus dem Ruder zu laufen. Die Politik und das herrschende Parteiensystem lenken unser Land nicht mehr zum Wohle der Bevölkerung, sondern im Sinne von Macht-Eliten, Wirtschaftslobbys und Vermögenden. Die Folgen der daraus entstehenden ungerechten wie ineffiziente Verteilung von Chancen und Ressourcen müssen wir alle tragen.

Man fordert von uns dafür Verständnis, dass staatliche Mittel für Sozialleistungen gekürzt werden während vom selben Staat für internationale Banken und Großkonzerne Milliardensummen aufgebracht werden. Wir müssen akzeptieren, dass Unternehmen hohe Gewinne schreiben, Löhne aber real stagnieren. Uns wird mitgeteilt, dass das Geld für Investitionen in Bildung, Kinderbetreuung und Pflege fehlt, während hohes Geldvermögen in unserem Land nicht besteuert wird. Ja, die ungleiche Verteilung ist überall dort zu spüren, wo wir mit den finanziellen Mitteln der Allgemeinheit die Rechnung für einige wenige Reiche und Superreiche zahlen müssen.

Die ungerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen ist ein massives volkswirtschaftliches Problem, denn die Anhäufung riesiger Vermögen bei einigen Wenigen erzeugt keine Nachfrage nach Gütern oder Dienstleistungen sondern vielmehr nach Finanzprodukten. Diese wiederum sind für Instabilität und Krisen verantwortlich. Ungerechte Verteilung führt auch zu ungerechten Machtverhältnissen, die Korruption sowie eine ineffiziente Verwendung öffentlicher Gelder fördern. Am Ende steht dann die Gesellschaft, die unter den wachsenden sozialen Gegensätzen zu leiden hat.

Ermöglicht wird dieses System der stetigen Umverteilung von unten nach oben von einer Politik, die die Interessen von einigen Wenigen über jene der Allgemeinheit stellt. Wir können auch anders: Mit mutiger Politik ist eine faire und nachhaltige Gesellschaft machbar! Mit weniger müssen und dürfen

wir uns nicht zufrieden geben. Wir leben in einer Demokratie und die Macht geht vom Volk aus. Es ist unsere Pflicht aktiv zu werden, wenn unsere Parteien und PolitikerInnen nicht mehr im Interesse der Mehrheit handeln und diese Zeit ist jetzt gekommen.

Der Wandel tritt ein für das Recht auf ein gutes Leben für alle in einer fortschrittlichen und solidarischen Gesellschaft, in der jeder und jede die gleichen Chancen hat, Ressourcen gerecht verteilt sind und wir nachhaltig mit unserer Umwelt umgehen. Das ist unsere Vision.

Für eine Politik, die offensiv für die aktive Teilhabemöglichkeit aller Menschen am enormen sozialen und finanziellen Wohlstand in unserem Land eintritt. Für eine Gesellschaft, in der alle die gleichen Chancen auf Selbstverwirklichung haben, unabhängig von ihrer sozialer Herkunft. Für eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung, um unsere Umwelt zu schützen und um in eine stabile Zukunft blicken zu können.

Unser Anspruch ist der Wille zum Wandel. Gemeinsam können wir ihn schaffen. Wir haben nicht die Lösungen für alle Probleme, aber wir können nicht mehr länger tatenlos zusehen. Unsere Ideen sind dazu da, weiterentwickelt zu werden.

Wir sind Wandel. Du auch!

1. Finanzmärkte und Finanzpolitik

Heute bestimmt eine kleine finanzstarke Gruppe einen immer größeren Teil der politischen Agenda – und somit der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Ausrichtung unserer Gesellschaft. Diese Bereiche müssen von der Zivilgesellschaft und der Politik zurückerobert werden, damit wir unsere Entwicklung selbst bestimmen können und die Gewinne aus wirtschaftlichem Wachstum wieder einer breiteren Masse zugutekommen.

Seit 30 Jahren stagnieren in Österreich die Reallöhne bzw. steigen – je nach Studie – zumindest nicht wesentlich an, während im gleichen Zeitraum das Bruttoinlandsprodukt (BIP) um 500 Prozent stieg. Das bedeutet nichts anderes, als dass die Zuwächse an Wohlstand immer ungerechter verteilt werden, was einerseits durch die stetig sinkende Lohnquote, andererseits die im Gegenzug steigende Kapitalertragsquote belegt ist. Die höhere Besteuerung von Arbeitseinkommen gegenüber Erträgen aus Kapitalanlagen verstärkt diesen Trend noch und ist daher weder zielführend noch sozial gerecht. Daraus lässt nur ein Schluss ziehen: Gewinne erwirtschaftet aus Arbeit, Produktivitätssteigerung und Wirtschaftsförderungen bleiben fast vollständig in der Hand von Wirtschaft und InvestorInnen und kommen nicht der gesamten arbeitenden Bevölkerung zugute.

Kapital und Arbeit sind zusammen für die Schaffung von Wohlstand verantwortlich, weshalb die Gewinne aus Wohlstandssteigerung auch beiden zugutekommen müssen. Durch die Kontrolle und Beschränkung des Handels an den Finanzmärkten sowie eine gerechtere Entwicklung der Löhne und des Steuersystems soll sowohl die Realwirtschaft gestärkt, als auch die Menschen wieder stärker an Wachstum und Fortschritt beteiligt werden.

Der Wandel fordert daher die Umsetzung der im Folgenden genauer erläuterten Maßnahmen, um eine gerechtere und demokratischere

Verteilung von Wohlstand zu gewährleisten und gleichzeitig ein stabileres Finanzsystem zu schaffen.

1.1 Finanzmärkte

Ursprünglich hatten Finanzmärkte die Funktion, SparerInnen und InvestorInnen zusammenzuführen und zur Finanzierung von Produktion und Handel mit Gütern und Dienstleistungen beizutragen bzw. durch Währungstausch den internationalen Handel zu ermöglichen. Diese Aufgaben sind mittlerweile in den Hintergrund getreten: Den Begriff „Finanzmärkte“ verbinden viele Menschen heutzutage in erster Linie mit Krisen und Gefahren, die ganze Volkswirtschaften bedrohen und die demokratische Entscheidungsfindung verzerren. Der eigentliche Zweck der Finanzmärkte, nämlich Private, Unternehmen und Staaten zu finanzieren, rückt zugunsten alleiniger Ausrichtung auf Gewinnmaximierung immer mehr in den Hintergrund. Knapp ein Drittel aller Unternehmensgewinne werden mittlerweile durch den Finanzsektor generiert, obwohl Finanzunternehmen nur einen kleinen Bruchteil aller Gewerbebetriebe ausmachen. Durch die niedrige Besteuerung der enormen Gewinne, die hier erzielt werden, entgehen dem Staat Steuereinnahmen und damit in der Folge der Allgemeinheit der Nutzen aus diesem Wirtschaftsbereich. Gleichzeitig müssen aber die enormen Verluste der Finanzindustrie immer öfter von der gesamten Bevölkerung getragen werden. Die Regeln der Marktwirtschaft werden also zugunsten des Finanzsektors permanent ausgehöhlt, indem das unternehmerische Risiko auf die Allgemeinheit abgewälzt wird.

Reformen in diesem Bereich sind schon längst überfällig, werden jedoch von Banken, Versicherungen, Fonds und anderen AkteurInnen durch ihre große Macht und mit Hilfe von PolitikerInnen, die zunehmend zu Erfüllungsgehilfen für die Interessen der „Märkte“ werden, mit allen

Mitteln verhindert. Der Wandel fordert, dass die Aktivitäten und gesetzlichen Rahmenbedingungen auf den Finanzmärkten grundsätzlich darauf zu prüfen sind, ob sie der Wirtschaft und den Menschen zum Vorteil sind. Voraussetzung dafür ist, absolute Transparenz über die Vorgänge und Geldflüsse auf den Finanzmärkten und in der Politik herzustellen. Die erfolgreiche Umsetzung einiger der im Folgenden angeführten Forderungen im Bereich der Reform von Finanzmärkten setzt Konsens auf europäischer bzw. internationaler Ebene voraus – was jedoch keine Ausrede dafür sein darf, diese Forderungen gar nicht erst zu stellen. Vielmehr sollte es Anreiz sein, eine Vorreiterrolle einzunehmen und diese Themen auf europäischer und internationaler Ebene zu vertreten.

Maßnahmen

- **Einführung der Finanztransaktionssteuer:** *Alle Finanztransaktionen sollen künftig an zentralen Clearingstellen getätigt werden, um zum einen mehr Transparenz zu schaffen und zum anderen Besteuerung aller getätigten Transaktionen zu ermöglichen. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer wird spekulative Sekundengeschäfte an den Börsen einschränken, Investitionen in die Realwirtschaft stärken und nicht zuletzt eine beachtliche Einnahmequelle für den Staat schaffen. Bis Ende 2014 soll die Finanztransaktionssteuer in Österreich eingeführt werden.*
- **Regulierung von Finanzmärkten:** *Die Regulierung von Derivaten und Handel an Rohstoffbörsen, z.B. durch Begrenzung von Handelsvolumina, Schaffung von zentralen Clearingstellen für alle Finanzmarkttransaktionen, Abschaffung von Hochfrequenz-Handel, Neuregelung von Leerverkäufen soll die Finanzmärkte zum einen stabiler machen, zum anderen langfristige Investitionen stärken. Darüber hinaus muss die Transparenz in einem zur Zeit schwer überschaubaren und*

undurchsichtigen Sektor massiv ausgebaut werden, um in Krisenzeiten schneller reagieren zu können.

- **Trennung von Geschäfts- und Investmentbanken:** Durch die Einführung eines Trennbankensystems, d.h. die Trennung des Einlagen- und Kreditgeschäftes vom Wertpapiergeschäft, soll das Übergreifen von Krisen von einem auf alle Bereiche des Bankengeschäftes verhindert werden. Neben einem stabileren Bankensystem wird AnlegerInnen gleichzeitig die Sicherheit gegeben, dass mit ihrem Vermögen nur im jeweils erlaubten Geschäftsbereich gearbeitet wird und Firmen erhalten wieder verstärkt Zugang zu Kapital. Die staatliche Einlagensicherung soll nur mehr für Geschäftsbanken gelten, um zu verhindern, dass das Risiko von Spekulationen auf die Allgemeinheit abwälzt wird.
- **Reform des Bankenrechts:** Die Krisen der letzten Jahrzehnte haben mehr als deutlich gezeigt, dass ein vollkommen unregulierter Bankensektor unabschätzbare Gefahren für ganze Staaten und Kontinente mit sich bringt. Im Zuge von Reformen des Bankensektors muss daher unter anderem auch an einem Konkursverfahren für Banken gearbeitet und über die maximale Größe von Banken nachgedacht werden, um ein weiteres „too big to fail“ zu verhindern.
- **Reformen bei der Ausgabe von Staatsanleihen:** Zurzeit gibt die Nationalbank bzw. die Europäische Zentralbank Geld zum Leitzinssatz an Banken aus, die dieses zu „marktüblichen“ Zinsen in Form von Staatsanleihen an Staaten weitergeben. Es bedarf einer dringenden Überarbeitung dieses Systems, da der Staat durch den Umweg über Privatbanken immer die Differenz zwischen Leitzinssatz und „Marktzinssatz“ an Banken abzuführen hat, ohne dass diese hierbei eine Leistung erbringen.
- **Verstärkte Finanzmarktaufsicht:** Durch Reformierung der Finanzmarktaufsicht, also die Erweiterung ihrer Befugnisse, Sicherstellung ihrer Unabhängigkeit, sowie personelle und finanzielle

Aufstockung soll die Überwachung und Regulierung der Finanzmärkte und Banken auf einem hohen Niveau garantiert werden.

1.2 Finanzpolitik

Der immer größer werdenden Steuer- und Abgabenlast auf den Schultern der unteren und mittleren Einkommen steht eine Bevölkerungsschicht gegenüber, deren Steuerpflicht in keinem Verhältnis zu ihren hohen Einkommen und Gewinnen sowie ihrem Vermögen steht. Auf derselben Seite stehen Konzerne, die ihre Steuern in Steueroasen bezahlen und PolitikerInnen, die diese Ungerechtigkeiten mit allen Mitteln verteidigen.

Ein Steuersystem muss der Erfüllung folgender Prinzipien dienen:

- *Nachhaltige Generierung von Einnahmen für die Erfüllung der Aufgaben des öffentlichen Sektors*
- *Gerechte Lastenverteilung*
- *Lenkungswirkung durch steuerliche Anreize: Einnahmen und Ausgaben müssen den Zielen der breiten Gesellschaft, nicht einigen wenigen, zuträglich sein.*

Der Wandel steht für ein gerechteres Steuersystem, in dem alle Menschen entsprechend ihrer Möglichkeiten beitragen. Erreicht werden soll dies durch Senkung der Eingangssteuersätze und Erhöhung des Spitzensteuersatzes für extrem hohe Einkommen, Gleichstellung von steuer- und abgabenrechtlichen Lohn- und Kapitaleinkommen, Einführung einer progressiven Erbschaftssteuer, Einführung einer Vermögenssteuer und restriktives Vorgehen gegen Steuerflucht.

Auf der einen Seite führen diese Maßnahmen zu höheren Einnahmen für den Staat, um die Krise nicht durch wirtschafts- und sozialpolitische Sparmaßnahmen weiter zu verschärfen, andererseits wird ein gerechteres

Steuer- und Abgabensystem geschaffen, in dem alle BürgerInnen ihren gerechten Beitrag leisten.

Durch Steuer- und Abgabenhinterziehung, d.h. Bereicherung einzelner zulasten der gesamten Bevölkerung, entgehen dem Staat jährlich Einnahmen in Milliardenhöhe. Eindämmung und strenge Bestrafung von Steuerhinterziehung sind daher unumgänglich, wobei Österreich auch internationalen Steuerflüchtigen nicht mehr als sicherer Hafen dienen darf.

Neben finanzpolitischen Reformen müssen vor allem im Bildungsbereich sowie bei der Bereitstellung von öffentlichen Diensten Maßnahmen gesetzt werden. Die dadurch entstehende gerechtere Vermögensverteilung wirkt sich über Ankurbelung der Kaufkraft der Menschen wiederum positiv auf das Wirtschaftswachstum aus.

Maßnahmen

- **Reform der Steuern auf Kapitaleinkünfte:** *Eine niedrigere Besteuerung von Kapitaleinkommen gegenüber Einkommen aus Arbeit ist weder gerecht noch zielführend. Einkünfte aus Kapitalerträgen müssen zum Lohneinkommen addiert werden und damit in Zukunft einkommenssteuer- und sozial-versicherungspflichtig werden.*
- **Gerechteres Einkommenssteuersystem:** *Für Einkommen von mehr als 11.000 Euro pro Jahr sind in Österreich derzeit 36,5 Prozent an Einkommenssteuern zu leisten, während alle Jahreseinkommen über 60.000 Euro mit 50 Prozent nicht entsprechend höher besteuert sind. Gleichzeitig unterliegt nur die Einkommenssteuer dieser Progression, während z.B. die Verbrauchssteuern für alle gleich hoch sind, d.h. niedrige und mittlere Einkommen verhältnismäßig mehr belasten. Eine Senkung des Eingangssteuersatzes sowie eine progressive Einkommenssteuer, die für extrem hohe Einkommen erst bei 75 Prozent*

endet, soll diese ungerechte Behandlung von niedrigen und mittleren Einkommen ausgleichen.

- **Erbschafts- und Schenkungssteuer:** Der Wandel tritt für die Einführung einer progressiven Erbschafts- und Schenkungssteuer auf Geld- und Immobilienvermögen ab 500.000 Euro ein. Diese dient einerseits der Erhöhung der Staatseinnahmen, andererseits der gerechteren Verteilung von Vermögen, da mit jeder Übergabe von hohem Vermögen ein Teil davon an das Gemeinwesen zurückgegeben wird.
- **Vermögenssteuer:** Durch die Einführung einer Vermögenssteuer auf Geld- und Immobilienvermögen ab einer Million Euro soll zum einen eine gerechtere Verteilung von Wohlstand, zum anderen eine Senkung der Einstiegssteuersätze und der Lohnnebenkosten realisiert werden.
- **Bekämpfung von Steuerflucht und -hinterziehung:** Während es Angestellten und ArbeiterInnen unmöglich ist, Einkommenssteuern zu hinterziehen, bieten sich Steuerflüchtigen, die ihre Einkünfte aus Kapital- und Unternehmensgewinnen generieren, vielfältige Möglichkeiten, unbemerkt zu agieren. Der Wandel fordert, den Handlungsspielraum von Finanzbehörden bei der Verfolgung von Steuerflucht zu erweitern, die strafbefreiende Wirkung der Selbstanzeige abzuschaffen und unbedingte Haftstrafen ab einem hinterzogenen Betrag von 100.000 Euro jährlich einzuführen.
- **Immobilienbesteuerung:** Bei wachstumsfreundlichen Steuern auf Gebäude und Grundstücke ist Österreich nach wie vor Schlusslicht unter den OECD-Ländern. Durch Neubewertung von Immobilien und die Erhöhung von Steuern auf Immobilienbesitz ab einer Million Euro soll eine Entlastung von KMUs im Bereich der Lohnnebenkosten mitfinanziert werden.
- **Reform der Gruppenbesteuerung:** Durch die Gruppenbesteuerung ist es Großunternehmen derzeit möglich, selbst bei hohen Gewinnen praktisch keine Steuern zu bezahlen. Eine Reform in diesem Bereich soll dazu

führen, dass auch international tätige Unternehmen ihren Gewinnen entsprechende Steuern bezahlen.

- **Bekämpfung von Steueroasen:** *Steueroasen dienen vor allem der Umgehung von nationalen Steuern und haben keinerlei positive Auswirkungen für alle anderen Staaten. Nach einer kurzen Übergangsfrist muss daher sämtlicher Finanzverkehr mit Ländern/Regionen, die als Steueroasen eingestuft werden, verboten werden. Gleichzeitig muss auch Österreich seine Rolle bei internationaler Steuerhinterziehung überdenken und Maßnahmen ergreifen, um nicht mehr ein sicherer Hafen für SteuerverbrecherInnen aus aller Welt zu sein.*
- **Regionale Besteuerung:** *Der Wandel setzt sich dafür ein, dass Unternehmen in jenen Nationalstaaten ihre Steuern bezahlen, in denen ihre Gewinne erwirtschaftet werden. Dadurch wird der Steuerwettbewerb einzelner Länder eingedämmt und der Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen konsequent weitergeführt.*
- **Öffentliches Eigentum:** *In den letzten Jahrzehnten wurden Unternehmen und Infrastruktur, die im Besitz des Staates, d.h. der Allgemeinheit, standen, mit dem Argument der Budgetsanierung veräußert. Diese sogenannten Privatisierungen waren meist von Korruption, zu niedrigen Erlösen und mangelnden positiven Effekten für die Allgemeinheit begleitet. Der Wandel fordert einen sofortigen Privatisierungsstopp und eine Neubewertung öffentlichen Eigentums – und zwar als Werte, die im Besitz aller BürgerInnen Österreichs sind und dies auch in Zukunft bleiben sollen.*

2. Bildungspolitik

Bildung war und wird immer eine der wichtigsten Ressourcen für die Weiterentwicklung der Gesellschaft, der Wirtschaft und des Umweltschutzes sein. Jeder Mensch muss daher das Recht auf freien Zugang zu Bildung und Informationen haben. Bildung ist ein Garant für gesellschaftliche Teilhabe, unabhängig von sozialer Herkunft. Nur ein starkes und effizientes Bildungssystem wird Österreich die Probleme von morgen lösen lassen. Für den Wandel stehen daher Investitionen in das österreichische Bildungssystem an oberster Stelle.

Das schlechte Abschneiden des österreichischen Bildungssystems im internationalen Vergleich lässt sich auf die zu niedrigen und ineffizienten öffentlichen Ausgaben für Bildung, den niedrigen Stellenwert von Bildungspolitik in Österreich und den mangelnden Reformwillen der Politik zurückführen. Aber auch der Beruf der PädagogInnen wird durch unsachliche und populistische öffentliche Debatten degradiert und hat nicht mehr den hohen Stellenwert, den die AusbilderInnen eigentlich haben sollten.

Gleichzeitig lässt sich beobachten, dass Länder, die ihr Bildungssystem reformieren und die Investitionen in diesen Bereich erhöhen, ein höheres Bildungsniveau, eine höhere Akademikerrate sowie ein höheres und konstanteres Wirtschaftswachstum vorweisen können.

Bildung ist aber auch ein individueller Prozess, bei dem der Staat die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen muss, damit jede/r sich frei entfalten und weiterbilden kann. Auch lebenslanges Lernen wird in einer Gesellschaft mit steigender Lebenserwartung und ständiger Veränderung von Prozessen zu einem immer wichtigeren Thema. Ziel muss stets der Ausbau von Möglichkeiten und die Reduzierung von Barrieren zur Bildung und Weiterbildung aller Menschen sein. Weiters sollen im Bereich der

Bildung Integration, Umweltschutz und Gleichberechtigung schon ab dem Kindergarten integriert werden, um das Bewusstsein für diese Themen zu stärken.

Durch diese starke Konzentration auf Bildung wird den Menschen die Möglichkeit gegeben, sich kritisch mit komplexen Themen auseinanderzusetzen, um gemeinsam an Lösungen und einer lebendigen Demokratie zu arbeiten.

Maßnahmen

- **Erhöhung der Bildungsausgaben:** *Durch Mehrausgaben für Bildung und Wissenschaft auf einem internationalen Spitzenwert sollen die Ressourcen für einen Aus- und Umbau unseres Bildungssystem bereitgestellt werden. Um danach auch weiterhin das höhere Niveau der Bildung in Österreich zu halten, soll die Erhöhung der Bildungsausgaben mindestens der Höhe des Wirtschaftswachstums entsprechen.*
- **Gründung einer Bildungshochschule:** *Eine zentrale Einrichtung zur Ausbildung aller Lehrkräfte, von Kindergarten - über Volksschul- bis hin zu AHS- und BHS-LehrerInnen an einer zentralen Bildungshochschule wird zu einer besseren Ausbildung führen. An dieser Bildungshochschule soll der Schwerpunkt auf Pädagogik und Didaktik liegen, während im Bereich der fachlichen Ausbildung eine starke Vernetzung mit den jeweiligen Universitäten etabliert werden soll.*
- **Reform des Dienstrechtes:** *Um bestqualifizierte und motivierte Lehrkräfte zu bekommen und den hohen Stellenwert von Lehrberufen zu würdigen, sollen die Einstiegsgehälter erhöht, die Gehaltskurve abgeflacht sowie ein finanzielles Anreizsystem für Mehrleistung von Lehrkräften geschaffen werden. Auch soll das Dienstrecht um reale*

Kündigungsmöglichkeiten erweitert werden. Gleichzeitig müssen alle Bildungseinrichtungen und Lehrkräfte in Bundeshand übergeben werden, um ein möglichst homogenes System zu erreichen. Schulen sollen aber weitgehend autonom agieren können und nur die Bildungsziele, gesetzlichen Rahmenbedingungen und Qualitätskontrollen zentral koordiniert werden.

- **Reform der Schulverwaltung:** In großen Bildungseinrichtungen soll die pädagogische und administrative Leitung von Schulen von verschiedenen Personen übernommen werden, um eine möglichst effiziente Trennung von Pädagogik und Verwaltung zu erreichen. In kleineren Schulen soll LehrerInnen, welche die Direktion übernehmen, eine bessere Ausbildung im Bereich der Leitung und Administration ermöglicht werden.
- **Integration in der Schule:** Um den Anforderungen der Integration und Förderung von SchülerInnen mit Migrationshintergrund zu entsprechen, sollen vermehrt SozialarbeiterInnen, PsychologInnen und Muttersprachenlehrkräfte reguläre Lehrkräfte bei der Arbeit unterstützen.

Integration muss schon in der Volksschule zum Thema gemacht werden, um Sensibilität bei allen SchülerInnen für die Wichtigkeit von Integration zu schaffen. Gleichzeitig sollen Defizite von SchülerInnen mit Migrationshintergrund ausgeglichen werden. Nur so können Vorurteile und Benachteiligungen nachhaltig vermindert werden.

- **Fortbildung für Lehrkräfte:** Durch Schaffung eines neuen Fortbildungssystems für Lehrkräfte aller Bildungsstufen soll die kontinuierliche Weiterentwicklung des Bildungssystems in Österreich garantiert werden. So ist es für Lehrkräfte in Städten zum Beispiel sinnvoll, DAF-Kurse (Deutsch als Fremdsprache) zu besuchen, während HTL-Lehrer sich im technischen Bereich fortbilden sollen. Auch der

Austausch mit LehrerInnen aus anderen Ländern soll gefördert werden, um internationale innovative Entwicklungen und Verbesserungen auch in Österreich umzusetzen. An derartigen Fortbildungsmaßnahmen sollen Lehrkräfte verpflichtend zwei Wochen in unterrichtsfreier Zeit teilnehmen.

- ***Bauliche Anpassung von Schulgebäuden:*** *Um den neuen Anforderungen an das Bildungssystem zu entsprechen, müssen auch die infrastrukturellen Voraussetzungen dafür geschaffen werden. Das heißt bauliche Umgestaltung von Schulen, um mehr Ganztagschulen, bessere und modernere Arbeitsplätze für Lehrkräfte und Verwaltungspersonal, Trennung von pädagogischer und administrativer Leitung usw. erreichen zu können.*

2.1 Vorschulische Bildung und Förderung

Frühkindliche Erziehung wird in der Diskussion um die Bildung meist gänzlich vernachlässigt. Doch gerade im jungen Alter können Schwächen und Talente früh erkannt und ausgeglichen bzw. gefördert werden. Hier anzusetzen ist nicht nur pädagogisch, sondern auch ökonomisch sinnvoll. Auch können durch frühe Förderung Nachteile von Kindern aus sozial schwächeren Schichten vermieden werden und größtmögliche Chancengleichheit für alle realisiert werden.

Maßnahmen

- ***Ganzjährige Kinderbetreuung:*** *Um berufstätige Eltern und hier vor allem Frauen zu entlasten, soll eine ganzjährige kostenlose Kinderbetreuung eingeführt werden. Dies soll durch mehr staatliche Einrichtungen wie auch durch die erweiterte Förderung von Betriebskindergärten und -krippen sowie privaten Institutionen erreicht werden. Dadurch wird*

Eltern der Ein- bzw. Wiedereinstieg in das Berufsleben erleichtert. Ebenso werden die Förderung von Talenten und der Ausgleich von Schwächen schon im frühkindlichen Alter ermöglicht.

- ***Integration:** Schon im frühen Alter soll mit der Integration von Kindern mit Migrationshintergrund begonnen werden, um auf der einen Seite Vorurteile bestenfalls gar nicht entstehen zu lassen und auf der anderen Seite Schwächen, zum Beispiel die Sprache betreffend, auszugleichen.*
- ***Ausbildung von ErzieherInnen:** Um den steigenden Anforderungen bei der frühkindlichen Förderung gerecht zu werden, soll das Niveau der Ausbildung von ErzieherInnen gehoben und durch kontinuierliche Weiterbildung ständig verbessert werden.*

2.2 Primäre und Sekundäre Bildung

Unser Schulsystem beruht in seiner derzeitigen Form auf den Werten und Anforderungen vergangener Generationen. Eine Anpassung an die aktuellen sozialen und wirtschaftlichen Rahmenbedingungen wurde nur teilweise und zu langsam realisiert, sodass Österreich den Anschluss an führende Bildungsnationen verloren hat.

Im Bereich der Sekundärbildung muss vor allem die Gesamtschule, in der allen SchülerInnen die gleichen Möglichkeiten offen stehen und nicht schon in frühen Jahren eine Aufsplitterung stattfindet, flächendeckend ausgebaut werden.

Maßnahmen

- ***Einführung der Gesamtschule:** Die derzeitige Form der neuen Mittelschule bzw. Gesamtschule entspricht nicht internationalen Standards, da hier großteils einfach durch Umbenennung der Eindruck*

einer großen Schulreform vermittelt wurde. Die flächendeckende Einführung der Gesamtschule für die Sekundärstufe 1 soll zum einen das Bildungsniveau erhöhen, und zum anderen für mehr Chancengleichheit unabhängig vom sozialen Hintergrund sorgen.

- **Ausbau von Ganztagschulen:** Eltern und SchülerInnen sollen sich für den Besuch von Ganztagschulen entscheiden können, wodurch auf der einen Seite das Angebot für SchülerInnen in der Weiterbildung verbessert und gegebenenfalls auf den Ausgleich von Lernschwächen fokussiert werden kann. Auf der anderen Seite wird für berufstätige Eltern die Möglichkeit der ganztägigen Betreuung ihrer Kinder unkompliziert und kostenlos realisiert.

2.3 Lehrlingsausbildung

Das duale Bildungssystem hat einen hohen Anteil an Österreichs wirtschaftlichem Erfolg, was für dessen Qualitäten spricht. Gerade aber die Lehrlingsausbildung hat in den letzten Jahrzehnten ständig an Wertschätzung und dadurch an Attraktivität im Vergleich zu weiterführenden Schulen verloren. Gleichzeitig steigt die Anzahl der SchulabgängerInnen/-abbrecherInnen mit schweren Defiziten in den Grundfähigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen. Ziel muss daher sein, einerseits den Lehrberuf als Ganzes wieder aufzuwerten und gleichzeitig Lehrstellensuchenden mit Problemen in den Grundfertigkeiten zu ermöglichen, diese vor bzw. während Antritt der Lehre zu beheben.

Maßnahmen

- **Ausbau der „Lehre mit Matura“:** Um die Attraktivität der Lehre zu steigern, muss allen Lehrlingen der Zugang zu diesem Programm

ermöglicht, sowie angehende Lehrlinge und Lehrbetriebe entsprechend informiert und gefördert werden.

- **Ausbau der Lehrstellenförderung für Unternehmen:** Derzeit liegen die öffentlichen Ausgaben pro Lehrling in der (betrieblichen) Lehrausbildung deutlich unter den Kosten eines Schülers in berufsbildenden mittleren und höheren Schulen. Eine Angleichung ermöglicht den Unternehmen mehr Lehrlinge bei besserer Entlohnung auszubilden. Gleichzeitig wird hiermit eine Rückverlagerung der weitaus teureren und praxisferneren „überbetrieblichen Berufsausbildung“ hin zur regulären betrieblichen Lehrausbildung ermöglicht.
- **Einführen einer außerbetrieblichen Lehreingangsphase:** Diese ist vor Antritt einer Lehrstelle an den Berufsschulen zu absolvieren und soll eventuell vorhandene Schwächen in den Grundfertigkeiten der Lehrstellensuchenden aufdecken und diesen zeitlich flexibel, den jeweiligen Bedürfnissen entsprechend, entgegen wirken.
- **Migration und Lehre:** Jugendliche mit Migrationshintergrund sind ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung entsprechend in Lehrberufen unterrepräsentiert. Diese Tatsache ist sowohl aus integrativer Sicht als auch wegen der zu erwartenden zukünftigen Fachkräftelücke verschenktes Potential. Die Gründe dafür sind vor allem das große Wissensdefizit von Jugendlichen mit Migrationshintergrund über mögliche Lehrberufe und über das österreichische Bildungssystem und den Arbeitsmarkt im Allgemeinen, Sprachprobleme und geringes soziales Kapital. Dem muss durch gezielte Informationskampagnen, Sprachkurse und Förderung von bildungsfernen Jugendlichen begegnet werden.

2.4 Erwachsenenbildung

Bildung und Weiterbildung dürfen nicht nach der Erstausbildung enden, sondern sollen ein lebenslanger Prozess sein. Dadurch wird jedem Menschen ermöglicht, sich persönlich und im Beruf weiterzuentwickeln. Darüber hinaus stehen der Wirtschaft damit hochqualifizierte und mit ständig wachsenden Fähigkeiten ausgestattete Arbeitskräfte zur Verfügung.

Maßnahmen

- **Bildungschancen für Geringqualifizierte:** *Durch Versäumnisse in Bildungspolitik und Integration von Menschen mit Migrationshintergrund der letzten Jahre und Jahrzehnte sind wir heute mit einem stetig wachsenden Anteil von bildungsfernen und geringqualifizierten Menschen konfrontiert. Die Zugangsmöglichkeiten und Informationen zum lebensbegleitenden Lernen sollen für diese Personen nachhaltig verbessert werden, indem finanzielle und organisatorische Unterstützung auf einfache und gerechte Weise bereitgestellt werden.*
- **Vereinheitlichung der Förderungen und Angebote:** *Derzeit sind die Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene sowohl hinsichtlich Förderungshöhe als auch Qualität von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich. Durch eine einheitliche Regelung auf Bundesebene erhalten alle Menschen die gleichen Chancen und Möglichkeiten bei der Aus- und Weiterbildung. Zusätzlich muss den Ausbildungseinrichtungen durch längerfristige Finanzierungszusagen mehr Planungssicherheit gewährt werden, was in letzter Konsequenz eine höhere und durchgängigere Qualität der Angebote ermöglicht.*

2.5 Kunst und Kultur

Kunst und Kultur leisten einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Lebensqualität der Menschen. Förderungen in diesem Bereich müssen daher einen hohen Stellenwert einnehmen, um eine kreative Weiterentwicklung in vielen verschiedenen Bereichen und den Menschen einen freien Zugang zu Kunst und Kultur zu ermöglichen.

Kunst und Kultur dürfen nicht an rein wirtschaftlichen Faktoren gemessen und den Bedingungen des Marktes ausgesetzt werden. Die derzeitige Akzentuierung auf die Vermarktung eines kulturellen Erbes aus der Vergangenheit sowie die vorwiegende Förderung relativ weniger großer und etablierter Kultur- und Kunsteinrichtungen widerspricht klar den Zielen des Kunstförderungsgesetzes. Viele Hunderte Kulturinitiativen, die einen zentralen Anteil der künstlerischen und kulturellen Arbeit im Land leisten, erhalten insgesamt eine nur äußerst geringe Unterstützung.

Kunst und Kultur fördern Verständnis, Toleranz und Meinungsfreiheit. Sie spielen insofern auch beim Thema Integration eine wichtige Rolle. Kulturelle Projekte bringen Menschen zusammen und fördern gegenseitige Beziehungen.

Der Politik kommt die Aufgabe zu, ein Umfeld zu schaffen, in dem freie künstlerische und kulturelle Entfaltung möglich ist und dieses organisatorisch und finanziell zu unterstützen.

Maßnahmen

- **Erhöhung der Förderungen:** Erhöhung des Etats für die Förderung von Kunst und Kultur auf ein international richtungsweisendes Niveau.
- **Integration und Kunst und Kultur:** Das Potential von kulturellen und künstlerischen Projekten im Bereich der Integration bedarf verstärkter

Förderung, um Menschen aller Herkunft zusammenfinden, sich kennenlernen und voneinander lernen zu lassen.

- **Österreich als Kulturnation:** Österreichs Ruf als Kunst- und Kulturnation besteht zu Recht, beschränkt sich aber auf kleine Bereiche. Durch verstärkte Förderung von Kunst und Kultur soll Österreich zu einem internationalen Zentrum für kreative Entfaltung werden.

3. Wissenschafts- und Forschungspolitik

Eine Reform der Bildungspolitik muss mit einer Reform der Wissenschafts- und Forschungspolitik einhergehen, um einen grundlegenden Wandel des Bildungssystems in Österreich zu erreichen.

3.1 Tertiäre Bildung

Seit Jahren dreht sich die Debatte im Hochschulbereich fast ausschließlich um die Themen Zugangsbeschränkungen und Studiengebühren, ohne dabei auf die realen Probleme der österreichischen Hochschulen einzugehen. Universitäten und Fachhochschulen garantieren den Nachschub an hochqualifizierten ForscherInnen und Arbeitskräften, die ein postindustrielles Land wie Österreich dringend benötigt. Nur mit einem Etat, der diesen Anforderungen gerecht wird, und einem hochschulpolitischen Entwicklungskonzept kann das Niveau an den österreichischen Hochschulen erhöht und wieder ein internationaler Spitzenplatz eingenommen werden.

Maßnahmen

- **Erhöhung des Etats der Universitäten:** Erhöhung der Ausgaben für den tertiären Sektor auf mindestens 2 Prozent des BIPs und jährliche Steigerung um mindestens die Höhe des Wirtschaftswachstums. Dadurch sollen den Universitäten die finanziellen Möglichkeiten gegeben werden, Lehre und Forschung wieder auf ein international hohes Niveau zu bringen.

- **Demokratisierung von Hochschulgremien:** StudentInnen, Lehrkräfte und RektorInnen sollen als gleichberechtigte PartnerInnen über Ziele und Maßnahmen an den Hochschulen auf demokratische Art und Weise entscheiden. Gleichzeitig muss den Universitäten große Autonomie eingeräumt werden, um eine kontinuierliche Entwicklung ohne starke politische Einflussnahme zu ermöglichen.
- **Beseitigung aller sozialen Einstiegshürden:** Durch den Aus- und Umbau des studentischen Förderungssystems zu einem treffsicheren und flexiblen System soll der Gang an die Hochschule allen Menschen ermöglicht werden. Als Einstiegshürde sind auch Studiengebühren zu werten, weshalb in der Mindeststudienzeit plus Toleranzsemester keine Studiengebühren eingehoben werden sollen.
- **Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses:** Durch gezielte Förderung und faire Dienstverträge soll die Arbeit in der Lehre und Forschung an den Universitäten wieder attraktiver gestaltet werden.

3.2 Forschung

Die Anstrengungen für eine Reform der Bildungs- und Wissenschaftspolitik müssen auch in der Reform der Förderung der Forschung in Österreich fortgeführt werden. Durch einen Ausbau der öffentlichen und privaten Forschungseinrichtungen soll auf der einen Seite die Lehre an allen Bildungseinrichtungen verbessert werden, auf der anderen Seite sollen neue Impulse an die Wirtschaft gegeben werden.

Sowohl Grundlagenforschung als auch die Forschung in allen Bereichen der Wissenschaft sind der Garant für eine stetige Weiterentwicklung der Gesellschaft und Wirtschaft zu einem nachhaltigeren und gerechteren System.

Durch eine bessere Vernetzung mit der Wirtschaft sollen die Möglichkeiten der Auftragsforschung, aber auch Kooperation bei Forschungsprojekten verbessert werden. Die Freiheit der Forschung muss jedoch zu jedem Zeitpunkt gewährt werden, was bedeuten soll, dass die Forschung nicht um jeden Preis zum Erfüllungsgehilfen wirtschaftlicher Interessen wird, sondern den Idealen der Weiterentwicklung in allen Bereichen verpflichtet ist.

Maßnahmen

- **Ausbau des universitären Forschungsbereichs:** *Durch Ersterhöhungen und verstärkte Konzentration auf das Thema Forschung an den österreichischen Hochschulen soll eine kontinuierliche Weiterentwicklung des Wissens in allen Teilbereichen realisiert werden. Forschung ist ein Garant für Weiterentwicklung und wirtschaftlichen Erfolg.*
- **Ausbau außeruniversitärer Forschungseinrichtungen:** *Privat organisierte Forschungseinrichtungen sind neben den Universitäten schon immer ein wichtiger Bestandteil im Bereich der Forschung und Innovation gewesen. Die Kürzung des Budgets für diese Institutionen durch die aktuelle Regierung muss umgehend zurückgenommen werden und gleichzeitig über eine noch stärkere Förderung dieses Bereiches nachgedacht werden.*
- **Aktive Forschungsbeteiligung:** *Mittels Ausschreibungen soll die Forschung in Österreich mit Schwerpunkt auf Umwelttechnik und erneuerbare Energien vorangetrieben werden. Auch soll eine starke Vernetzung mit der Wirtschaft stattfinden, um teure und/oder risikoreiche Forschung schneller zu finanzieren und realisieren, wobei der Besitz der daraus resultierenden Patente ebenso wie sich daraus*

ergebende Einkünfte je nach finanzieller Beteiligung zwischen Staat und Firmen aufgeteilt werden.

4. Wirtschaftspolitik und Umweltpolitik

Jede Form des Wirtschaftens basiert auf der Nutzung von natürlichen und menschlichen Ressourcen. In einem unregulierten Wirtschaftssystem, das auf kurzfristige Gewinnmaximierung ausgerichtet ist, werden diese Ressourcen jedoch oft überstrapaziert und leichtsinnig ausgebeutet. Damit wird die Grundlage einer funktionierenden Ökonomie zerstört. Ein Staat muss die an ihn gestellte Aufgabe, Regelwerke für den nationalen und internationalen Wirtschaftsraum zu schaffen, aktiv wahrnehmen. Das Ziel ist, erfolgreiches Wirtschaften mit Nachhaltigkeit und Gemeinwohl zu kombinieren.

Es steht heute außer Zweifel, dass die Folgen des weltweiten Klimawandels nicht nur dramatische Auswirkungen auf unser natürliches Ökosystem haben, sondern auch zu immensen Kosten für viele Staaten und auch Unternehmen führen werden. Die Folgen des Klimawandels könnten zwischen fünf und 20 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts auffressen; vergleichbar mit den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise in den dreißiger Jahren. Kosten in einer Größenordnung von bis zu 5,5 Billionen Euro kommen auf die Menschheit zu, wenn nichts gegen den Klimawandel unternommen wird. Klimaschutzpolitik muss deshalb auch eine zentrale Rolle in der Umwelt- und Wirtschaftspolitik jedes Landes spielen.

Österreich ist heute bereits Spitzenreiter im Bereich der Umwelttechnikindustrie und erneuerbaren Energien. Die gezielte Förderung dieser Sektoren schafft Arbeitsplätze und ermöglicht Innovation und Exporte. Gleichzeitig besteht diese Branche zum großen Teil aus Klein- und Mittelbetrieben, die durch ihre hohen Beschäftigungsquoten und die

überwiegend regionale Wertschöpfung ein krisensichereres Wirtschaften garantieren.

Die gemeinsame Betrachtung von Wirtschafts- und Umweltpolitik soll einen neuen Weg einschlagen, der die Zusammenhänge zwischen diesen beiden wichtigen Themengebieten berücksichtigt. Dies hilft nicht nur dabei, Interessenskonflikte zu vermeiden, sondern auch vielfältige Synergien zu nutzen. Dadurch soll eine nachhaltige und langfristig schonende Nutzung von Ressourcen zur Steigerung des allgemeinen Wohlstandes sichergestellt werden.

Wir leben in einer Welt, in der Wohlstand und wirtschaftlicher sowie politischer Handlungsspielraum von Staaten ausschließlich an der Höhe und dem Wachstum ihres Bruttoinlandsproduktes gemessen werden. Diese reine Konzentration auf die kurzfristige Schaffung finanzieller Werte geht seit Jahrzehnten zu Lasten unseres natürlichen Ökosystems und des menschlichen Wohlbefindens. Dieses kurzsichtige Denken hat eine gefährliche Krisenlandschaft geschaffen. Die Konsequenzen und Kosten, die aus Finanzkrise, Klimawandel, knapper werdenden Ressourcen und zunehmender gesellschaftlicher Instabilität entstehen, müssen am Ende jedoch von uns allen getragen werden.

Betrachtet man internationale Rankings zum Vergleich der Lebensqualität in verschiedenen Ländern, so wird klar: ein gutes Leben kann nicht allein an der jährlichen Steigerung des Bruttoinlandsproduktes gemessen werden. Ebenso wenig reicht dieser Indikator aus, um Gesetze und Subventionen zur wirtschaftlichen Förderung zu bestimmen. Die Entwicklung der Lohnquote, die Qualität des Familien- und Gemeinschaftslebens sowie Umweltschutz müssen als gleichberechtigte Faktoren berücksichtigt werden.

4.1 KMUs als Basis für stabiles und nachhaltiges Wirtschaftswachstum

Kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs) kommt in Punkto Wirtschaftswachstum eine zentrale Rolle zu. Sie stellen nicht nur die Mehrheit aller Unternehmen (99% aller Betriebe in Österreich), sondern sind national sowie international die größten ArbeitgeberInnen (ca. 66% aller Sozialversicherungspflichtigen sind bei KMUs angestellt). Trotzdem konzentriert sich die Politik seit Jahren immer stärker auf Konzerne, die durch ihre Größe in wirtschaftlich angespannten Zeiten ganze Volkswirtschaften gefährden können. KMUs können im Preiskampf mit den „Big Playern“ oft nicht mithalten und kommen auch bei öffentlichen Ausschreibungen kaum zum Zug. Darüber hinaus leiden viele KMUs in den letzten Jahren vermehrt an einem erschwerten Zugang zu Kapital durch Kreditengpässe bei Geschäftsbanken.

Wirtschaftspolitik muss sich wieder vermehrt auf die Förderung von KMUs konzentrieren, da diese Arbeitsplätze in Österreich schaffen, zumeist sozial verantwortlich handeln und den Umweltschutz respektieren. Insbesondere die Steuerlast heimischer KMUs, die weit über dem EU-Schnitt liegt (53,1 % im Vergleich zu 42,6 % im EU Schnitt) soll reduziert werden. Der größte Anteil der Steuerlast entfällt dabei auf die Lohnnebenkosten (34,7 % im Vergleich zu 21,9 % in Deutschland). Zusammen mit den Reformen im Bereich der Geschäftsbanken (siehe Kapitel zu Finanzpolitik) wird dies die Realwirtschaft in Österreich stärken.

Handlungsbedarf besteht darüber hinaus bei der demokratischen Mitbestimmung in Großunternehmen. Aufgrund ihrer zunehmenden Größe üben Wirtschaftskonzerne heute zunehmend Macht über Politik Gesellschaft aus. Geschickte Industrielobbies bestimmen heute mehr über

die zukünftige Entwicklung eines Landes als demokratisch gewählte Volksvertreter.

4.2 Verursacherprinzip und Kostenwahrheit: Wer auslöst zahlt

Auch in Österreich sind wir heute mit einer Reihe von schwerwiegenden Umweltproblemen konfrontiert. Dazu zählen im Detail die Gefährdung der Artenvielfalt, zunehmende Bodenversiegelung, Überschreitung von Feinstaubgrenzwerten, erste Auswirkungen des Klimawandels, steigendes Verkehrsaufkommen, steigender Energiebedarf oder das Schmelzen der Gletscher. Viele dieser Umweltprobleme hängen mit der Art und Weise unseres Wirtschaftens und unseres Konsums zusammen. Die Kosten für die Lösung dieser Probleme fallen jedoch auf die einzelnen Bürger zurück.

Das Verursacherprinzip ist bereits im österreichischen Umweltrecht verankert und besagt, dass derjenige, der die Umweltbeeinträchtigungen verursacht, für die Beseitigung oder Verringerung in die Pflicht genommen werden soll. Dieses Prinzip findet in der Praxis jedoch kaum noch Anwendung.

Selbstverständlich müssen das Verursachen von Umweltproblemen – ebenso wie Strategien zu ihrer Lösung – in einem globalen Gesamtzusammenhang gesehen werden. Umweltpolitik sollte daher nicht an nationalen oder EU-Grenzen enden, sondern immer auch auf einen globalen Kontext Bezug nehmen. Dennoch kann das nationale Steuer- und Subventionssystem eine wichtige Rolle in der Umsetzung des Verursacherprinzips zur Beseitigung von Umweltproblemen spielen und gleichzeitig einen bedeutenden Beitrag zur Reduktion der Staatsschulden leisten.

Derzeit wird in Österreich Arbeit zu stark, Energie und natürliche Ressourcen zu gering belastet. Österreich setzt im EU-Vergleich bis dato nur geringfügig auf lenkende Effekte von Umweltsteuern. Was das Steueraufkommen aus Umweltafgaben betrifft, lag unser Land bis vor kurzem nur an 22. Stelle im EU-Vergleich. Laut Studien des Umweltdachverbandes aus dem Jahr 2012 kommt es in Österreich jährlich zu Steuerausfällen, Steuerbefreiungen und direkten Förderungen im Umfang von 4,3 bis 5,4 Milliarden Euro, die unmittelbar zu Lasten der Umwelt und des Steuerzahlers gehen.

Neben der Abschaffung umweltschädlicher Subventionen gilt es daher, eine Ökologisierung des Steuersystems voranzutreiben und externe Kosten, insbesondere des zunehmenden Verkehrs (wie Lärm, Luftverschmutzung und Unfallrisiken), in den Preis von Gütern und Dienstleistungen zu berücksichtigen. Länder wie Schweden, Dänemark und Finnland, die auf eine ökologische Steuerreform gesetzt haben, profitierten gleich dreifach: Die Emissionen gingen zurück, Arbeitsplätze wurden geschaffen und neue Staatseinnahmen generiert.

4.3 Verlust an Biodiversität betrifft uns alle

Ein häufig vernachlässigtes Umweltproblem in Österreich ist die Zerstörung des natürlichen Ökosystems und damit der natürlichen Lebensgrundlage vieler Tier- und Pflanzenarten. Artensterben findet in Österreich bzw. Europa ebenso statt wie in den Regenwäldern Lateinamerikas oder den Wüstenregionen Afrikas. Weltweit sterben durch Veränderungen der Natur und des Klimas sowie die wirtschaftliche Nutzung durch den Menschen täglich bis zu 130 Tier- und Pflanzenarten aus. In der jüngsten Vergangenheit hat sich dies in Österreich insbesondere auf den Bestand der heimischen Bienen ausgewirkt, der sich von 2011 auf 2012 um mehr als ein Viertel verringert hat. Der weltweite Bienenbestand – und mit ihm die

gesamte Nahrungskette – ist vor allem durch den Einsatz von Pestiziden in der industriellen Landwirtschaft in Gefahr.

Die Zerstörung des Ökosystems und das damit einhergehende Artensterben birgt hohe und oft unkalkulierbare Risiken, weshalb verstärkt Maßnahmen zum Erhalt der Artenvielfalt gesetzt werden müssen.

4.4 Erneuerbare Energien: Die unerschöpfliche Quelle der österreichischen Wirtschaft

Ein weiteres zentrales Standbein der Wirtschaftspolitik des Wandels ist der Ausbau erneuerbarer Energien. In unserer rasch wachsenden und globalisierten Welt wird fossile Energie ein immer wichtigeres, aber auch zunehmend rareres Gut. Gleichzeitig steht uns ein fast unendliches Potenzial an erneuerbaren Energien zur Verfügung, zu dessen Nutzung wir technisch schon heute zunehmend in der Lage sind. Der Wandel zur ausschließlichen Nutzung von regenerativen Energien ist auf längere Sicht unumgänglich und muss daher mit aller Kraft vorangetrieben werden. Eine Studie der EU-Kommission zeigt, dass eine Ausweitung der EU-Klimaziele auf eine 30 prozentige Treibhausgasreduktionsverpflichtung Investitionen in Höhe von 0,5 % des europäischen BIPs erfordern würde. Für Österreich würde das bedeuten, dass 1,43 Mrd. Euro pro Jahr an Investitionen in erneuerbare Energien und Energieeffizienz notwendig sind. Allein der Abbau der Hälfte der existierenden umweltschädlicher Subventionen würde 2 Mrd. Euro einbringen, womit immer noch knapp eine halbe Milliarde Euro für Ausgleichsmaßnahmen zur Verfügung stehen würde. Durch erneuerbare Energien wie Photovoltaik, Solarenergie, Erdwärme, Wasserkraft, Windkraft, Abfallgas etc. stehen uns effektive, umweltschonende und wirtschaftlich rentable Formen der Energiegewinnung zur Verfügung.

Zum einen profitiert die Wirtschaft in hohem Maße bei der Herstellung und Installation von erneuerbaren Energiequellen. Zum anderen werden unzählige langfristige Arbeitsplätze geschaffen und regionale Wertschöpfung generiert, und BürgerInnen erhalten über Beteiligungspakete sichere Möglichkeiten zur Geldanlage. Darüber hinaus tragen erneuerbare Energien zu Umweltschutz und besserer Gesundheit der BürgerInnen bei. Kombiniert mit einer aktiven Forschungspolitik und -beteiligung des Staates bietet sich Österreich hier die Möglichkeit, international eine Spitzenrolle im Bereich der erneuerbaren Energien einzunehmen. Gleichzeitig wird dieser Umbau zu einer dezentraleren Stromproduktion führen, die weniger Hochspannungsleitungen, bessere Versorgungssicherheit, höhere BürgerInnen-Beteiligung und geringere Kosten mit sich bringt.

Auch im Zusammenhang mit dem Ausbau erneuerbarer Energien muss jedoch das Prinzip der Kostenwahrheit gelten, wonach bei allen Energieträgern die vollen Kosten in den Preisen gespiegelt sein sollen.

4.5 Nachhaltige Mobilität

Die zunehmende Mobilität der Menschen bei gleichzeitigem Wachstum der Städte und Ballungsräume bringt eine Vielzahl an sozialen und ökologischen Herausforderungen mit sich. Eines der größten Probleme dabei ist der Verkehr, der für 26 Prozent der Treibhausgas-Emissionen in Österreich verantwortlich ist. Gleichzeitig ist dies jener Sektor, bei dem Österreich noch am weitesten vom festgesetzten Reduktionsziel der Klimastrategie entfernt ist. Deshalb müssen gerade hier besonders wirksame Maßnahmen gesetzt werden.

Der Umstieg auf erneuerbare Energiegewinnung hat zur Folge, dass öffentliche Verkehrsmittel wie Bahn, Straßenbahn und U-Bahn umgehend auf umweltschonenden „Antrieb“ umgestellt werden könnten. Aber auch

im Bereich des Individualverkehrs muss eine zunehmende Nutzung von nachhaltigen Mobilitätsformen forciert werden. Durch Maßnahmen zur Förderung einer nachhaltigen Mobilität wird die heimische Stromerzeugung gefördert, die Abhängigkeit von Ölimporten reduziert, die lokale Wirtschaft gestärkt, sowie die Umwelt und die Gesundheit der Bevölkerung geschont.

4.6 Soziale Stabilität durch Mindestlohn und maximale Arbeitszeit

In Österreich scheitert die Diskussion rund um die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns seit Jahren an dem Argument, die Branchen-Kollektivverträge der Sozialpartner würden genügend Sicherheit bieten.

Diese Argumentation vernachlässigt jedoch, dass es eine Vielzahl an Kollektivverträgen gibt, die immer noch zu niedrig angesetzt sind, um die grundlegenden Lebenshaltungskosten abzudecken.

Darüber hinaus gibt es nach wie vor einige Organisationen und Berufe (z.B. Non-Profit-Organisationen), die keinem Kollektivvertrag und daher auch keinem Mindestlohn unterliegen und deshalb Löhne bezahlt werden, welche die Lebenserhaltungskosten nicht decken können. Außerdem ist festzuhalten, dass etwaige Kollektivverträge zwar die Mindestlöhne für Arbeiter- und Angestelltenverhältnisse regeln, aber atypische Dienstverhältnisse (wie freie Dienstnehmer, Werkvertragsnehmer, Praktikanten), die in den letzten Jahren ein starkes Wachstum verzeichneten, oft gar nicht oder unzureichend berücksichtigt werden. Dies führt dazu, dass viele Menschen mehrere Dienstverhältnisse gleichzeitig annehmen müssen, um Ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Auch die Regelungen für Ein-Personen-Unternehmen und neue Selbstständige sind in Österreich prekär. Daher überrascht es wenig, dass die Zahl an Unternehmensgründungen auch im Jahr 2012 zurückgegangen ist und damit

den tiefsten Wert seit zehn Jahren erreicht hat. Ohne eine gewisse Grundsicherung durch ein branchenunabhängiges Mindesteinkommen wird es kaum möglich sein, die Anzahl an Unternehmensgründungen zu steigern und eine dynamische Wirtschaft aufrecht zu erhalten.

Gleichzeitig steigt in Österreich in vielen Angestelltenverhältnissen die de facto wöchentliche Arbeitszeit kontinuierlich an. All-In Verträge und unbezahlte Überstunden sind heute in vielen Berufen bereits Standard. Dies führt zu psychischen und körperlichen Erkrankungen, verhindert Vollbeschäftigung und macht ein funktionierendes Familienleben oft unmöglich.

4.7 Zusammenfassung:

Der Wandel schlägt hier einen Weg vor, der Gemeinsamkeiten und Synergiepotenziale zwischen Umwelt- und Wirtschaftspolitik in den Vordergrund stellt und eine langfristige Steigerung des wirtschaftlichen aber auch sozialen und ökologischen Wohlstandes für alle anstrebt.

Die Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen bei gleichzeitiger Konzentration auf die Umwelttechnikindustrie und erneuerbare Energien kann in Österreich zu einem kontinuierlichen Wirtschaftswachstum führen, das nicht auf Kosten unseres Ökosystems und der menschlichen Gesundheit geht.

Neben der Abschaffung umweltschädlicher Subventionen gilt es, eine Ökologisierung des Steuersystems voranzutreiben und externe Kosten insbesondere des zunehmenden Verkehrs vermehrt zu berücksichtigen.

Diese Kombination ermöglicht es, die Importkosten für fossile Energieträger zu senken und gleichzeitig die nötigen staatlichen Einnahmen zu generieren. Um die soziale Stabilität in Österreich zu gewährleisten, betonen

wir insbesondere die Wichtigkeit eines Mindestlohns und einer Reduktion der maximalen Arbeitszeit.

Maßnahmen:

- **Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen**

Der Wandel fordert die Senkung der Lohnnebenkosten für kleine und mittlere Unternehmen um 25 Prozent, die Unterstützung der Ausbildung von Lehrlingen und die Förderung von KMUs bei öffentlichen Ausschreibungen.

- **Ökologisierung des Steuer- und Subventionssystems**

Bei der Ökologisierung des Steuer- und Subventionssystems gilt es in erster Linie, den Fokus auf drei Problembereiche zu legen: Industrie, Verkehr und Boden. Durch eine Abschaffung der steuerlichen Begünstigungen für Dienstwagen, eine Ökologisierung des Kilometergeldes, die Angleichung des Steuersatzes von Diesel auf Benzin, die Aufhebung der Steuerprivilegien der Luftfahrt und die Abschaffung der Energieabgabevergütung für energieintensive Industrien könnten erste sinnvolle Maßnahmen gesetzt werden (erwartete Einkünfte laut Studien des Umweltdachverbandes ca. 3 Mrd. €).

- **Förderung nachhaltiger Mobilität:**

Der Wandel setzt sich für eine verstärkte Finanzierung von Forschung und Entwicklung im Bereich nachhaltige Mobilität (z.B. Wasserstoff, Elektro,...) sowie eine flächendeckende Versorgung mit Ladestationen für Elektroautos bzw. Wasserstoffautos und Fahrräder ein. Ebenso fordern wir Subventionen und Aufklärung für Privatpersonen beim Kauf elektrobetriebener Fahrzeuge. Der Ausbau von öffentlichen Verkehrsmitteln, die Förderung von Car-Sharing und die Fahrradnutzung sollen ebenfalls forciert werden.

- **Förderung von Energieeffizienz vorantreiben:**

Der Wandel fordert, dass Maßnahmen im Bereich der Energieeffizienz (z.B. Wärmedämmung) durch gezielte Förderungen weiter beschleunigt werden. Hier sollte der Fokus auf der Industrie (30% der Treibhausgasemissionen) und dem Wohnbau liegen.

- **Ökologische Kriterien bei öffentlichen Ausschreibungen:**

Der Wandel tritt dafür ein, dass sich die Kriterien aus dem „Österreichischen Aktionsplan nachhaltige öffentliche Beschaffung“ auch tatsächlich in den Ausschreibungen widerspiegeln und ökologische Aspekte nach dem Bestbieterprinzip ebenso gewichtet werden wie finanzielle Kriterien.

- **Offenlegung der CO₂-Emissionen:**

Unternehmen ab einer gewissen Umsatzgröße sollten darüber hinaus dazu verpflichtet werden, ihre direkten und indirekten CO₂-Emissionen offenzulegen (wie dies bereits in vielen Ländern, darunter Frankreich und England, für börsennotierte Unternehmen der Fall ist). Dies ermöglicht auf lange Sicht auch die Einführung einer europaweiten CO₂ Steuer für jene Branchen, die nicht am Emissionszertifikatehandel partizipieren.

- **Reduktion des Ressourcen- und Energieverbrauchs pro Kopf:**

Pro Kopf werden in Österreich pro Jahr 3mal so viele Ressourcen verbraucht, wie unser Ökosystem zur Verfügung stellt. Ziel soll sein, den jetzigen Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch bis zum Jahr 2050 zu halbieren, indem der Einsatz und die Erforschung von regenerativen Ressourcen gefördert werden.

- **Reduktion von Überproduktion:**

Durch Überproduktion werden einerseits unnötig wertvolle Ressourcen verschwendet, andererseits werden Unmengen an vermeidbarem Müll produziert. Durch Bewusstseinsbildung für die Folgen von Überproduktion, verbesserte Recyclingmaßnahmen sowie

eine Abfallsteuer für Unternehmen soll eine bedarfsorientiertere Produktion realisiert werden.

- **Maßnahmen zum Schutz der Artenvielfalt:**

Der Wandel tritt gegen eine weitere Intensivierung der Landwirtschaft ein, durch die immer mehr Lebensraum für heimische Tier- und Pflanzenarten verloren geht. Wir fordern einen Ausbau der biologischen Landwirtschaft und eine Förderung von kleinbäuerlichen Strukturen.

- **Ausbau erneuerbarer Energie und Energiequellen:**

Um die Umwelt zu schützen und gleichzeitig die Wirtschaft und Forschung voranzutreiben, will der Wandel die Umstellung Österreichs bei der Stromgewinnung auf 100% erneuerbare Energien bis 2030 realisieren. Der Wandel strebt die Unabhängigkeit Österreichs von Energieimporten und CO₂-Neutralität bei der Energiegewinnung an. Erreicht werden soll dies durch eine gezielte Subventionspolitik und die Abschaffung von umweltschädlichen Subventionen im Energiebereich.

- **Ausstieg der EU aus Atomstrom:**

Auch wenn Österreich selbst kein Atomkraftwerk betreibt, ist die österreichische Bevölkerung dennoch ebenso durch Atomunfälle gefährdet. Darüber hinaus zahlt Österreich jährlich Millionenbeträge an EURATOM und fördert damit indirekt die Atomindustrie. Der Wandel tritt für einen raschen Ausstieg aller Länder aus der teuren und auf lange Sicht nicht kontrollierbaren Stromgewinnung aus Atomkraft ein.

- **Festhalten an den Klimaschutzzielen:**

Die internationalen Klimaschutzziele wurden als Maßnahme zur Minderung der negativen Auswirkungen von Umwelt- und Luftverschmutzung beschlossen. Der Wandel betont, dass diese

elementaren Ziele nicht durch Wirtschaftskrisen oder politische Kurswechsel aufgeweicht oder gänzlich aufgegeben werden dürfen.

- ***Branchenunabhängiger Mindestlohn***

Die Einführung eines branchenunabhängigen Mindestlohns auch für atypische Dienstverhältnisse soll Arbeit gerechter entlohnen und die Lohnquote steigern. Die Gewinne aus Arbeit sollen wieder verstärkt den Arbeitenden und hier insbesondere unteren Einkommenschichten zugutekommen. Deshalb fordert der Wandel, dass ein Mindestlohn von 1.500€ für alle Branchen gesetzlich garantiert werden soll.

- ***Maximale Arbeitszeit***

Darüber hinaus soll die maximale Normalarbeitszeit auf 35 Stunden pro Woche festgesetzt werden und für alle Branchen und Berufsgruppen gelten. Ausnahmen und Überstunderegulungen sollen strenger gehandhabt werden.

5. Innenpolitik

Innenpolitisch sind zurzeit vor allem Transparenz in der Politik und Integration bestimmende Themen, bei deren Bearbeitung den etablierten Parteien der Mut zu tiefgreifenden Reformen fehlt. Der Wandel will daher in beiden Bereichen verstärkt neue Akzente setzen und durch eine unvorbelastete Herangehensweise neue Lösungsmöglichkeiten durchsetzen.

Mut und Visionen müssen wieder Einzug in die Politik halten. Einzelinteressen, Klientelvertretung und persönlicher Profit prägen sowohl die politische Landschaft als auch die Parlamente vieler Länder Europas – auch Österreichs. Dabei sollte das Ziel einer Regierung und des Parlaments immer die Steigerung des Wohlstands aller Menschen sein. Nur PolitikerInnen, denen das Gemeinwohl aller BürgerInnen das höchste Gut ist, verdienen es auch, Politik machen zu dürfen.

5.1 Transparenz in der Politik

Zentrales Anliegen des Wandels ist eine grundlegende Neuausrichtung der politischen Kultur und der Ansprüche an diese. Die Bevölkerung muss wieder Vertrauen in das politische System und die Entscheidungen der PolitikerInnen gewinnen. Dieses Vertrauen soll durch verstärkte Einbindung der BürgerInnen in die politische Entscheidungsfindung – zum Beispiel in Form von Volksbefragungen zu wichtigen Themen, wie bspw. die EU-Verfassung – geschaffen werden.

Darüber hinaus müssen weitreichendere Änderungen im politischen System erfolgen, um Unvereinbarkeiten abzuschaffen und Transparenz zu erhöhen.

Maßnahmen

- **Verbot von Nebenverdiensten für Abgeordnete:** Um Unvereinbarkeiten mit dem politischen Mandat zu vermeiden, muss Abgeordneten zusätzliches Einkommen aus Erwerbsarbeit untersagt werden.
- **Transparenz der Politikergehälter:** Der Wandel fordert, dass sämtliche Einkommen von Personen mit einer monetär abgegoltenen politischen Funktion veröffentlicht und für jeden frei einsehbar sein müssen.
- **„Karenzzeit“ für PolitikerInnen:** Um Unvereinbarkeiten zwischen politischen Entscheidungen und privatwirtschaftlichen Interessen vorzubeugen, fordert der Wandel, dass PolitikerInnen für eine Dauer von drei Jahren nach Ausscheiden aus ihrem Amt keine Position in der Privatwirtschaft antreten dürfen, sofern diese themenrelevante Überschneidungen zu ihrem politischen Mandat ergeben könnte.
- **Transparenz bei Parteispenden:** Um das Vertrauen in die Politik zu steigern und mögliche Unvereinbarkeiten offenzulegen, müssen alle Parteispenden bis 500 Euro jährlich in anonymisierter Form öffentlich einsehbar sein. Spenden ab 500 Euro pro Jahr sind namentlich offenzulegen. Das Gleiche gilt für alle nicht monetären Spenden wie Inserate, Sachspenden, Personalleihen etc. Verstöße gegen diese Regelungen sollen mit einer Finanzstrafe in der 10-fachen Höhe der jeweiligen Spende bestraft werden. Ab einer Strafe von 50.000 Euro ist diese mit einer unbedingten Haftstrafe der verantwortlichen Personen in der jeweiligen Partei zu kombinieren.

5.2 Integration und Migration

Die Themen Zuwanderung und Integration sind in der österreichischen Innenpolitik omnipräsent. So wichtig eine vernünftige Politik diesbezüglich für die Zukunft Österreichs und aller Betroffenen ist, so wenig konstruktiv und erfolgreich verläuft die politische Auseinandersetzung seit vielen Jahren. Bestimmte Parteien missbrauchen diese Themen mittels Angstmache permanent für Wahlkampfzwecke und erschweren damit das Gelingen von Integration wesentlich. Die derzeit regierenden Parteien überlassen den Demagogen die Themenführerschaft und begnügen sich häufig damit, in Wahlkampfzeiten ihre Rhetorik zu verschärfen. Eine sachliche und zielorientierte Debatte zwischen Politik, ExpertInnen, ZuwandererInnen und einer breiten Öffentlichkeit findet kaum statt und konstruktive Lösungen rücken in weite Ferne.

In Österreich lebende MigrantInnen und Menschen mit Migrationshintergrund bilden keine homogene Gruppe, sondern kamen und kommen aus vielen verschiedenen Ländern und ebenso vielen verschiedenen Gründen nach Österreich. Sie wurden teils aktiv angeworben, um einen Arbeitskräftemangel auszugleichen, kamen in Folge des Balkankrieges als Flüchtlinge nach Österreich, oder mussten aus politischen bzw. humanitären Gründen ihre Heimat verlassen. Integration wurde dabei in der Annahme, dass diese Menschen eines Tages in ihre Heimatländer zurückkehren würden, sträflich vernachlässigt – weshalb wir heute mit den negativen Folgen dieser Versäumnisse konfrontiert sind.

Viele MigrantInnen besitzen mittlerweile die österreichische Staatsbürgerschaft. Bedenkt man darüber hinaus, dass zurzeit ein Großteil der EinwanderInnen in Österreich aus dem EU-Raum stammt, muss festgestellt werden, dass diesen Menschen keine Vorschriften bezüglich verstärkter Integration, wie zum Beispiel Spracherwerb, Landeskunde usw. gemacht werden können. Integration kann daher nicht nur über ein auf

Strafen basierendes System erfolgen, sondern muss über das Setzen positiver Anreize für Integration und Spracherwerb stattfinden.

Der Wandel steht für eine Einwanderungs- und Integrationspolitik, die mittels einer langfristigen Strategie die Interessen und Bedürfnisse der ZuwandererInnen und der aufnehmenden Gesellschaft in gleichem Maße berücksichtigt. Was die Zuwanderung aus Nicht-EU-Ländern, dem EWR und der Schweiz angeht, bedarf es eines klaren und transparenten Verfahrens zur Regelung einer flexibel begrenzten Migration. Dieses orientiert sich nicht nur, aber auch daran, welche Arbeitskräfte Österreich benötigt. Es ist dringend an der Zeit, dass sich Österreich von einer defensiven und sicherheitsorientierten Migrations- und Integrationspolitik ab- und einer aktiven und zukunftsorientierten zuwendet.

Maßnahmen

- **Integration und Bildung:** *Wie im Bildungsprogramm beschrieben, fordert der Wandel, Integration zu einem wichtigen Thema in der Schule zu machen, um Verständnis und Toleranz zu fördern und die positiven Aspekte von Integration zu vermitteln. Darüber hinaus können so schon ab dem Kindergartenalter eventuelle Sprachschwächen von Kindern mit Migrationshintergrund gezielt ausgeglichen werden. Gleichzeitig soll aber auch die Mehrsprachigkeit gefördert werden, indem an den Schulen Muttersprachenunterricht für Kinder mit Migrationshintergrund stattfindet.*
- **Sprache:** *Integration und Identität entstehen zu einem wesentlichen Teil über Sprache, weshalb attraktive Angebote und Anreize für einen möglichst weitführenden Spracherwerb geschaffen werden müssen. Konsequente Kontrollen der bestehenden Regeln für ZuwandererInnen, Sprachkurse zu besuchen und positiv zu absolvieren, kombiniert mit der*

Förderung von weiterführenden Sprachkursen, sollen MigrantInnen helfen, möglichst schnell Deutsch auf einem hohen Niveau zu sprechen.

- **Bildung und Qualifikation:** *ZuwandererInnen sollen verstärkt von Erwachsenenbildungsprogrammen profitieren, um Sprachkenntnisse und Qualifikationen auszubauen und damit besser an der Gesellschaft und am Arbeitsmarkt teilhaben zu können. Dringend notwendig ist in diesem Zusammenhang auch eine erleichterte und beschleunigte Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen und Bildungsabschlüsse von ZuwandererInnen.*
- **Schaffung von Anreizen zur Interaktion:** *Um MigrantInnen und ÖsterreicherInnen anzuregen, vermehrt und enger in Kontakt miteinander zu treten, fordert der Wandel eine Ausweitung diesbezüglicher Angebote, wie z.B. Konversationstrainings, Kulturprogramme usw. Hierbei gilt es insbesondere, die Einbindung und Förderung von zivilgesellschaftlichen Initiativen zu unterstützen.*

5.3 Asylpolitik

Beim Thema Asylpolitik bekennt sich der Wandel zum Schutz Verfolgter durch eine vollumfängliche Umsetzung der Genfer Flüchtlingskonvention.

Die Mehrheit der Asylwerber kommt aus existentiellen Gründen nach Österreich: Verfolgung, Krieg oder Hunger im eigenen Land können die Ursachen für Auswanderung sein. Deshalb sollten wir diesen Menschen mit sozialer Wärme anstatt mit Ausgrenzung begegnen. Gleichzeitig soll ein transparentes Regelwerk helfen, den Missbrauch des Asylsystems zu verhindern.

Maßnahmen

- **Beschleunigung von Asylverfahren:** Der Wandel fordert eine Verkürzung der Asylverfahren bei gleichzeitiger Erhöhung der Qualität der Betreuung durch mehr und besser qualifiziertes Personal unter entsprechender Mitwirkung der AsylwerberInnen und ihrer VertreterInnen.
- **Versorgung von AsylwerberInnen:** Während der Dauer der Asylverfahren hat der österreichische Staat für das Wohlergehen der AsylwerberInnen zu sorgen. Er ist verantwortlich für eine menschenwürdige und respektvolle Behandlung der Betroffenen und hat dafür Sorge zu tragen, dass der Aufenthalt im Sinne einer möglichen künftigen Integration förderlich gestaltet ist.

6. Außenpolitik

In Zeiten globaler Probleme braucht die Welt globale Lösungen. Die Vereinigung der europäischen Staaten zu einer Stimme ist ein logischer und notwendiger Schritt, um globalen Problemen globale, wenigstens aber regionale Lösungen entgegenzusetzen.

Dennoch offenbaren sich in der EU bedenkliche Entwicklungstendenzen: In Österreich, ebenso wie auch auf EU-Ebene, ist die Profitmaximierung oft oberstes Prinzip. In den letzten, von der Wirtschaftskrise geprägten Monaten und Jahren ist mehr als deutlich geworden, dass die EU-Politik häufig nur auf die Erhaltung des vorhandenen Systems bedacht ist, anstatt dessen drohendes Scheitern zu erkennen und diesem strukturell entgegenzuwirken.

Der Wandel bekennt sich zur Europäischen Union, fordert jedoch das Aufbrechen ihrer undemokratischen Strukturen und ihr Aufwerten zur gemeinsamen Stimme der europäischen Völker und Bürger.

Maßnahmen

- ***EU-weite Einführung der Finanztransaktionssteuer:** Die EU-weite Einführung der Finanztransaktionssteuer hat oberste Priorität, um schädlichen internationalen Spekulationen Einhalt zu gebieten und gleichzeitig realwirtschaftliche Investitionen zu stärken. Der Wandel verlangt daher das Bekenntnis aller EU-Vollmitglieder zu dieser Steuer und deren sofortige Umsetzung.*
- ***Stärkung des EU-Parlaments:** Das EU-Parlament hat sich zu einer Institution entwickelt, die oft Gesetze diskussionslos absegnet und ihre demokratischen Aufgaben der Kontrolle nicht wahrnimmt. Wichtige Entscheidungen werden meist außerhalb der Parlamente von MinisterInnen und PremierministerInnen großer Länder getroffen.*

Durch eine Stärkung der Befugnisse des EU-Parlaments, wie z.B. das Einbringen von Gesetzesanträgen, soll das EU-Parlament vermehrt in den politischen Entscheidungsprozess eingebunden werden und damit zu einem Mehr an Demokratie beitragen.

- **Harmonisierung der europäischen Steuersysteme:** *Derzeit stehen alle europäischen Länder in einer schädlichen steuerpolitischen Konkurrenz zueinander, die von Konzernen und reichen Privatpersonen ausgenutzt wird. Steuererhöhungen werden oft mit Abwanderung von Firmen und Kapital in andere europäische Länder mit niedrigeren Steuern bedroht und quittiert. Diesem Steuerdumping muss daher auf europäischer Ebene durch harmonisierte Steuern begegnet und ein Ende gesetzt werden. Gleichzeitig müssen Maßnahmen ergriffen werden, um „externes Steuerdumping“, zum Beispiel über Steueroasen, zu unterbinden.*
- **Transparenz bei Ratings:** *Privat kontrollierte und an keinerlei Auflagen gebundene ausländische Ratingagenturen sind derzeit die einzige Instanz zur Bewertung der Kreditwürdigkeit von Unternehmen, Aktien und ganzen Staaten. Um eine unabhängige Bewertung der Kreditwürdigkeit von Ländern und Firmen zu gewährleisten, muss die große Marktmacht von US-amerikanischen, privatkontrollierten Ratingagenturen gebrochen und transparentere Bewertung ermöglicht werden. Dies kann zum Beispiel über eine EU-Ratingagentur oder verstärkten Wettbewerb durch mehrere Privatfirmen, die strengen Regeln unterliegen, umgesetzt werden.*
- **Bekämpfung von Steuerflucht:** *Auch auf europäischer Ebene müssen Länder miteinander kooperieren, um Steuerflucht vorzubeugen und schneller aufzudecken. Der Wandel fordert hier hohe Strafen für Vergehen gegen die Allgemeinheit und Maßnahmen gegen Steuerflucht, die auf europäischer Ebene gemeinsam vorangetrieben werden.*

- *Bekämpfung von Wirtschaftsverbrechen: Ebenso wie im Fall der Steuerflucht müssen auch im Kampf gegen Wirtschaftsverbrechen und Subventionsbetrug verstärkte Anstrengungen zur Eindämmung, Aufdeckung und Ahndung unternommen werden. Als Beispiel soll hier der Umsatzsteuerbetrug genannt werden, der einen jährlichen Schaden von 100 Milliarden Euro innerhalb der EU verursacht. Durch die EU-weite Einführung des Abzugsverfahrens („Reverse Change“) werden nicht nur die Finanzbehörden entlastet, sondern auch der Karussellbetrug mit der Umsatzsteuer unmöglich gemacht.*

7. Sozialpolitik

Der Wandel sieht in Österreich ein starkes Sozialsystem etabliert, das jedoch durch Kürzungen in den letzten Jahren viel an Wirkung verloren hat. Krankheit, Unfall, Pflegebedürftigkeit und Arbeitslosigkeit können jede und jeden von uns treffen, weshalb ein zielsicheres öffentliches und frei zugängliches Sozialsystem Sicherheit für alle Menschen bringen soll.

Ein funktionierendes Sozialsystem ermöglicht, Chancengleichheit zu erhöhen und grundlegende Bedürfnisse zu stillen, Armut und Armutsgefährdung zu mindern, soziale Aufstiegsmöglichkeiten zu bieten sowie den Menschen zu ermöglichen, ihr Potenzial zu nutzen und an der Gesellschaft teilzuhaben.

Beim Sozialsystem einzusparen ist daher kurzsichtig und besonders in Krisenzeiten der falsche Ansatz. Gerade die unteren Einkommensschichten leiden in diesen Zeiten am meisten, da sich selbst kleine Einschnitte bei staatlichen Leistungen massiv auf die Lebensgestaltung auswirken. Die notwendigen finanziellen Mittel für ein starkes öffentliches Sozialsystem stehen in Österreich zur Verfügung: Dies ist keine Frage des Reichtums einer Gesellschaft, sondern eine Frage der Verteilung dieses Reichtums.

Auch der Zugang zu und die Leistbarkeit von öffentlichen Dienstleistungen wie Bildung oder Mobilität sind Teil eines weiter gefassten Begriffs von Sozialpolitik sowie Merkmal und Voraussetzung einer solidarischen Gesellschaft. Diese Errungenschaften, die im Besitz aller BürgerInnen Österreichs stehen, dürfen nicht privatisiert und den Bedingungen des Marktes unterworfen werden.

Der Wandel tritt daher für die Rückgewinnung verlorener gegangener sozialer Dienste und Leistungen sowie verstärkte Förderungen im

Sozialbereich ein, um allen Menschen in diesem Land die gleichen Chancen zu bieten.

Maßnahmen

- **Stärkung öffentlicher Dienstleistungen:** Das öffentliche Dienstleistungssystem Österreichs zeichnet sich durch die Fülle seiner Angebote und freien Zugang zu diesen aus. Auf diesem Wege werden den Menschen Leistungen zur Verfügung gestellt, die für den einzelnen oft nicht finanzierbar wären. Damit dieses System auch weiterhin allen Menschen zur Verfügung steht, hat der Ausbau von Leistungen in den Bereichen Krankenvorsorge, Bildung, Pflege, Sozialarbeit und Kinderbetreuung oberste Priorität.
- **Treffsicherheit:** Um die Treffsicherheit des Sozialsystems zu gewährleisten, fordert der Wandel die Durchführung kontinuierlicher Evaluierungen und den Ausbau öffentlicher Kontrolle sowie demokratischer Mitbestimmung.

7.1 Pensionssystem

Das öffentliche Pensionssystem ist eine hart erkämpfte Errungenschaft, die effizienter und treffsicherer gestaltet werden kann und soll, aber im Kern erhalten bleiben bzw. wiederhergestellt werden muss. Die Möglichkeit, nach einem ertragreichen Arbeitsleben in Pension gehen zu können und dabei nicht in Altersarmut abzugleiten, darf nicht der Profitgier der privaten Versicherungswirtschaft zum Opfer fallen. Die Darstellung des öffentlichen Pensionssystems als nicht finanzierbar ist ein Konstrukt, das den Menschen das Vertrauen in das System genommen hat und sie zu teuren, unsicheren und verteilungspolitisch ungerechten Lösungen treibt. Gerade in Zeiten der

Finanzkrise ist klar, dass die private Versicherung über die Finanzmärkte keine Alternative sein kann.

Die Frage der Gestaltung des Pensionssystems ist auch eine Frage sozialer Gerechtigkeit. Der Wandel erkennt die Verantwortung an, welche die Allgemeinheit für ihre Mitglieder aller Generationen hat und steht für ein öffentliches Pensionssystem, das teilweise durch Einzahlungen der betroffenen Personen während ihrer Erwerbszeit und teilweise durch finanzielle Zuschüsse des Staates finanziert wird. Der Wandel spricht sich klar gegen die Umwandlung unserer Pensionen in einen neuen Markt für private AnbieterInnen aus.

Maßnahmen

- **Reform der Pensionskassen:** *Der Wandel plädiert für die Zusammenlegung aller Pensionskassen, wodurch aufgeblähte Verwaltungsapparate vereinfacht und hohe Kosten eingespart werden können. Diese Reform stellt einen wichtigen Schritt in Richtung eines verlässlichen staatlichen Pensionssystems dar und trägt dazu bei, ein gerechteres Pensionssystem zu etablieren, in dem alle Menschen die gleichen Leistungen für ihr Geld erhalten.*
- **Pensionsantritt:** *Das gesetzliche Pensionsantrittsalter wird in der Realität um mehrere Jahre unterschritten, wodurch oft ungerechtfertigte Kosten für das Pensionssystem und die Allgemeinheit entstehen. Eine Reform der Kriterien für den Pensionsantritt ist daher dringend nötig.*
- **Gleichberechtigung beim Pensionsantrittsalter:** *Im Sinne der Gleichberechtigung soll das Pensionsantrittsalter von Männern und Frauen bis 2020 auf 65 Jahre angeglichen werden.*

8. Landwirtschaftspolitik

Die Landwirtschaft stellt einen wichtigen Teil unserer Volkswirtschaft dar. Die gesamte Wertschöpfungskette dieses Wirtschaftsbereiches beginnt mit der Leistung der österreichischen LandwirtInnen, die neben ihrer fundamentalsten und wichtigsten Rolle, nämlich der Produktion von hochwertigen Lebens- und Genussmitteln, eine ganze Reihe weiterer wichtiger Aufgaben übernehmen. Landschaftspflege, Erhaltung von Kulturgut und Ökosystemen, Schutz vor Bodenerosion sowie Gastronomie und Tourismus sind nur einige Beispiele, die ohne eine funktionierende, klein strukturierte Landwirtschaft nicht denkbar wären. Das macht die österreichische Landwirtschaft zu einem Schlüsselbereich für die positive und nachhaltige Entwicklung unserer Gesellschaft.

Dennoch ist ein dramatischer Rückgang sowohl der landwirtschaftlich genutzten Flächen als auch der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerung zu verzeichnen. Heute kann ein Großteil der landwirtschaftlichen Betriebe ohne die Ausgleichszahlungen durch die Europäische Union nicht mehr überleben. Die österreichischen Landwirte sind somit beinahe vollständig abhängig, einerseits von politischen Entscheidungen auf europäischer Ebene und andererseits vom Preisdiktat des von wenigen Unternehmen dominierten Lebensmitteleinzelhandels. Dabei kommt den Bäuerinnen und Bauern nur ein sehr kleiner Prozentsatz der Wertschöpfung zugute.

Der Wandel tritt für eine Landwirtschaftspolitik ein, in der Lebensmittel höchster Qualität wieder ihrem wahren Stellenwert entsprechend vergütet und die Landwirte ihrer Leistung gemäß bezahlt werden, anstatt von Subventionen künstlich am Leben erhalten zu werden. Österreichs Landwirtschaft ist in der Lage, einen Großteil der Lebensmittel, die verbraucht werden, bereitzustellen. Ziel ist es, diese Versorgung nachhaltig sicherzustellen, und nicht, durch Überproduktion Absatzmärkte in

Entwicklungs- und Schwellenländern zu überfluten und damit deren heimische Märkte zu zerstören.

Maßnahmen

- **Ökologisierung der Landwirtschaft:** Österreich nimmt zurzeit weltweit eine Vorreiterrolle beim Anteil der Biobetriebe in der Landwirtschaft ein. Der damit verbundene Verzicht auf äußerst energieintensive Mineraldünger und synthetische Pflanzenschutzmittel führt zu gesünderen Lebensmitteln, geringerem Energieverbrauch und somit Klimaschutz, sowie zu geringeren Importen von Futtermitteln, z.B. gentechnisch verändertem Soja aus dem Amazonasgebiet. Der Wandel fordert daher, dass dem Umstieg auf biologische Landwirtschaft von Seiten der Politik möglichst keine Hürden entgegen gestellt werden. Bauern und Bäuerinnen müssen über die Vorteile der biologischen Landwirtschaft aufgeklärt werden und verlorengegangene Profite während der Umstellungszeit von zwei Jahren vom Staat ausgeglichen werden. Gleichzeitig darf nicht auf die verbleibenden landwirtschaftlich genutzten Flächen vergessen werden. Ohne die Erträge und Leistungen der konventionellen und integrierten Landwirtschaft ist eine Versorgung Österreichs mit den wichtigsten Lebensmitteln derzeit noch nicht möglich. Die oftmals emotional aufgeladene Argumentation in der Streitfrage um konventionelle oder biologische Landwirtschaft sollte daher auf sachlicher Ebene behandelt und die zukünftigen Herausforderungen einer nachhaltigen Landwirtschaft in den Vordergrund gerückt werden.
- **Regionalität und Direktvermarktung:** Die bäuerliche Direktvermarktung bedeutet für viele Betriebe wirtschaftlichen Erfolg und Unabhängigkeit. Der Vorteil liegt jedoch nicht nur bei den Bauern und Bäuerinnen, sondern auch bei den KonsumentInnen. Die Nachvollziehbarkeit der Herkunft erworbener und konsumierter

Lebensmittel sowie der direkte Kontakt zwischen ProduzentInnen und KonsumentInnen schaffen ein verstärktes Bewusstsein für die Bedeutung und Wichtigkeit nachhaltig hergestellter und gesunder Lebensmittel. Zudem verbleibt die Wertschöpfung in der jeweiligen Region, wodurch vermehrt Arbeitsplätze im ländlichen Raum geschaffen werden. Daher muss es ein Anliegen der Politik sein, regionale Initiativen und Vermarktungsgemeinschaften zu fördern und die dafür notwendigen Strukturen zu schaffen.

9. Frauenpolitik

Frauenpolitik ist Gleichstellungs- und Antidiskriminierungspolitik mit dem Ziel, Frauen und Männern in allen Lebensbereichen gleichwertige Chancen, Rechte und Pflichten einzuräumen. Frauen sehen sich in der heutigen Gesellschaft noch immer mit vielschichtigen Hindernissen konfrontiert, die ihnen einen gleichberechtigten Zugang zum sozialen, wirtschaftlichen und politischen Leben verwehren. Allen voran stehen die ungleichen Realitäten am Arbeitsmarkt, die mit fast allen anderen Lebensbereichen eng verwoben sind. So führt die strukturelle Unterbezahlung in Berufsfeldern mit hohem Frauenanteil zu einer ungleichen Entlohnung weiblicher Arbeitskraft. Offensichtliche und versteckte Aufstiegsbarrieren lassen die Karrierewege vieler Frauen lange vor jenen ihrer männlichen Kollegen enden. Der Hauptunterschied zwischen den Geschlechtern liegt aber in der Aufteilung unbezahlter Arbeit in Form von Hausarbeit, Kinderbetreuung und Pflege. Hier tragen Frauen noch immer über ihr ganzes Leben die absolute Hauptlast. Der daraus resultierende hohe Anteil von Frauen in Teilzeitbeschäftigung führt zu finanzieller Abhängigkeit sowie erhöhter Armutsgefährdung im Alter. Auch von den Einsparungen im Sozialstaat als vermeintliche Folge der Finanzkrise sind Frauen überproportional betroffen.

Die Aufhebung bestehender Diskriminierung am Arbeitsmarkt und das Ermöglichen einer gleichberechtigten Teilhabe von Frauen am Berufsleben muss das oberste Ziel von Frauenpolitik sein. Weiterer dringender Reformbedarf besteht bei den Themen Gewalt gegen Frauen, Abtreibungsrechte und Sexarbeit. Individuelle Maßnahmen zur verbesserten Gleichstellung der Geschlechter sind dafür wichtig, aber allein nicht ausreichend. Diskriminierung besteht nicht aus isolierten Einzelthemen, sondern beschreibt einen kontinuierlichen Prozess, der in alle Lebensbereiche einwirkt. Im Namen der nachhaltigen Gleichstellung

der Geschlechter muss eine geschlechtersensible Perspektive auf allen Ebenen und in allen Themenbereichen Bestandteil politischer Arbeit werden, um geschlechtsspezifische Lebensbedingungen und -bedürfnisse in ihrer Gesamtheit verinnerlichen zu können (Gender Mainstreaming). Besondere Aufmerksamkeit muss allerdings auf die Bereiche Arbeits-, Bildungs- und Gesundheitspolitik gelegt werden.

Maßnahmen

- **Ausgleichen von Lohnunterschieden:** *Der Wandel steht für die Einführung eines branchenübergreifenden Mindestlohns, der für alle ArbeitnehmerInnen unabhängig von ihrer Branchenzugehörigkeit gilt und somit besonders Frauen zugutekommt. Die im Gleichbehandlungsgesetz verankerte Erstellung von Einkommensberichten soll auf alle in Österreich tätigen Unternehmen unabhängig von ihrer Größe ausgedehnt und bei Nichterfüllung mit Sanktionen belegt werden.*
- **Ganzjährige und ganztätige Kinderbetreuung:** *Eine flächendeckende und umfassende Bereitstellung von Kinderbetreuungsplätzen ermöglicht Frauen mit Familie die Teilnahme am Arbeitsmarkt und ist daher ein Grundstein für ihre ökonomische Unabhängigkeit.*
- **Karenzregelung:** *Nach der Geburt eines Kindes sollen Frauen und Männern unabhängig von ihrer Lebens- und Wohnsituation flexible Karenzmöglichkeiten offenstehen. Der Wandel fordert daher unter anderem die Umwandlung der derzeit im Bundesdienst getesteten einmonatigen Vaterschaftsfrühkarenz („Papa-Monat“) in einen allgemein gültigen Rechtsanspruch für alle Väter, da diese zur frühen Festigung der Vater-Kind-Bindung beiträgt und die weitere Karenzbereitschaft von Vätern erheblich erhöht.*

- **Flexible Teilzeitregelungen:** In vielen Fällen arbeiten Frauen in Teilzeitverträgen dauerhaft mehr als vereinbart. Der Wandel fordert, dass alle Teilzeitbeschäftigten ein Anrecht darauf haben, die Stundenzahl ihrer Teilzeitverträge in regelmäßigen Abständen an die real geleisteten Arbeitsstunden anzugleichen und damit eine verbesserte soziale Absicherung zu erlangen.
- **Quotenregelung:** Die Einführung einer sanktionsgebundenen Quotenregelung für politische Mandate, Vorstände und Aufsichtsräte in staatlichen, staatsnahen und börsennotierten Unternehmen führt zu einer Erhöhung der Anzahl weiblicher Führungskräfte. Langfristig findet dadurch ein strukturelles Umdenken bezüglich beruflicher Geschlechterrollen statt, das allen Frauen den Zugang zu besseren Stellen nachweislich erleichtert. Der Wandel fordert daher eine Quote für die oben genannten Positionen von 20%, die bis zum Jahr 2025 auf 40% erhöht werden soll.
- **Geschlechtssensibles Lernen:** Gleichberechtigung beginnt mit der Geburt und soll Kindern bereits von klein auf vermittelt werden. Die Gleichstellung der Geschlechter ist daher auch ein wichtiges pädagogisches Thema für Kindergärten und Grundschulen und soll dort verpflichtend behandelt werden.

10. Justizpolitik

Vielen Menschen hat sich in letzter Zeit das Gefühl aufgedrängt, dass vor dem Gesetz nicht alle gleich sind. Dann wenn zum Beispiel auf der einen Seite TierschützerInnen monatelang inhaftiert und wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung angeklagt und letztendlich freigesprochen werden und auf der anderen Seite ein Korruptionsnetzwerk nach dem anderen ans Tageslicht kommt und niemand angeklagt wird oder gar in Untersuchungshaft muss.

Österreich verfügt in vielen Bereichen über ein starkes Justizsystem, jedoch gibt es auch in der Justizpolitik Handlungsbedarf. Um Verbrechen gegen die Gesellschaft, allen voran Steuerhinterziehung und Wirtschaftsverbrechen, schneller und härter zu ahnden, muss eine verstärkte Zusammenarbeit mit der Finanz- und Wirtschaftspolitik gewährleistet werden. Auch im Bereich der Ahndung von Korruption muss ein schnelleres und härteres Durchgreifen der Justiz ermöglicht werden.

Reformen sollen daher auf ein transparentes, effektives, unabhängiges und faires Justizsystem, in dem alle Menschen gleich sind und Vergehen gerecht bestraft werden, abzielen.

Maßnahmen

- **Aufhebung der Weisungsgebundenheit:** Der Wandel fordert die Aufhebung der Weisungsgebundenheit: Dadurch ist es Parteien und Politikern nicht mehr möglich, über das Justizministerium auf jede Ermittlung und jede(n) RichterIn Einfluss auszuüben und Ermittlungen sowie Urteilssprüche zu beeinflussen.

- **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit:** Organisiertes Verbrechen, Steuerhinterziehung und Wirtschaftskriminalität finden oft auf internationaler Ebene statt und müssen somit durch verstärkte Zusammenarbeit europäischer und internationaler Behörden bekämpft werden.
- **Höhere Strafen für Wirtschafts- und Steuerverbrechen:** Wirtschafts- und Steuerverbrechen schaden fast immer der Allgemeinheit – deshalb fordert der Wandel, dass die Strafen der Schwere des Verbrechens entsprechend angeglichen werden. Bei Steuerhinterziehung ab 100.000 Euro jährlich muss daher eine unbedingte Haftstrafe ausgesprochen werden. Dasselbe gilt für Wirtschaftsverbrechen, wenn dabei dem Staat oder KonsumentInnen ein Schaden von über 100.000 Euro jährlich entsteht.
- **Reform des Urheberrechts:** Das derzeitige Urheberrecht, die rigorose Erweiterung seiner Laufzeiten und die Ausdehnung auf immer weitere Medien dient hauptsächlich den in alten Strukturen verhafteten Verwertungsgesellschaften und nicht den KünstlerInnen oder KonsumentInnen. Der Wandel fordert daher eine Reform des Urheberrechtes, welche die Interessen von KünstlerInnen und KonsumentInnen in den Vordergrund stellt und eine faire Nutzung ermöglicht.
- **Reform der Datenschutzrichtlinien:** Im „Internet-Zeitalter“ wird der Schutz von Daten und Persönlichkeitsrechten zu einem immer drängenderen Problem. Speicherung, Sicherung und Weitergabe von personenbezogenen Daten sollen mit strengen Auflagen verbunden sein und einer staatlichen Genehmigung bedürfen. Der Wandel tritt gegen jede Form von Vorratsdatenspeicherung ein.

11. Infrastrukturpolitik

In Zeiten von stetig steigenden Treibstoffpreisen und dringend erforderlichen Maßnahmen im Bereich des Umweltschutzes sieht der Wandel dringenden Handlungsbedarf im Bereich der Verkehrspolitik. Der Straßenverkehr trägt mit 18% (UWBA Deutschland) erheblich zum CO₂-Ausstoß bei, wodurch Umweltverschmutzung und gesundheitliche Schäden für Menschen entstehen. Gleichzeitig verlassen wir uns, was die Energiequelle für unseren Transport betrifft, nach wie vor auf einen Rohstoff, der neben seiner schlechten Umweltbilanz durch sein begrenztes Vorkommen starken Preisschwankungen unterliegt und in Erzeugerländern oft Krieg und Armut auslöst.

Verkehrspolitik muss sich in Zeiten steigenden Verkehrsaufkommens an die neuen Begebenheiten anpassen und entsprechende Lösungen finden. Dass diese nicht im kontinuierlichen Ausbau von Straßen, der nur weiter das Verkehrsaufkommen erhöht und keine nachhaltige Verbesserung bringt, liegen können, ist längst bekannt. Es muss daher ein grundlegender Wandel in unserem Verkehrssystem stattfinden, der aber keineswegs eine Einschränkung der persönlichen Mobilität nach sich ziehen darf.

Das Internet ist und wird immer mehr zu einem wesentlichen Teil des Lebens der meisten Menschen, sowohl in der Arbeit als auch Freizeit. Jede/r sollte über uneingeschränkten Zugang zu sozialen Netzwerken, Wissenstransfer, Medien, Informationen usw. verfügen. Freier und schneller Internetzugang für alle hat daher hohe Priorität für den Wandel.

Maßnahmen

- **Öffentliche Verkehrsmittel:** Die öffentlichen Verkehrsmittel müssen massiv ausgebaut und für die Menschen kostengünstiger nutzbar

gemacht werden. Nur wenn diese beiden Faktoren gegeben sind, werden noch mehr Menschen auf diese Transportmöglichkeiten umsteigen bzw. noch stärker nutzen.

- **Individualverkehr:** *Im Bereich des Individualverkehrs muss die Verbreitung von Elektrofahrzeugen oberste Priorität haben: Der Wandel plädiert daher für eine erhöhte Verfügbarkeit von Ladestationen sowie die Verbreitung günstigerer und leistungstärkerer Fahrzeuge. Gleichzeitig müssen die Möglichkeiten des Car-Sharings ausgebaut werden, um Menschen, die nicht permanent ein Kraftfahrzeug benötigen, unkompliziert Mietmöglichkeiten zu bieten.*
- **Fahrräder:** *Auch die Attraktivität der Nutzung von Fahrrädern, vor allem im urbanen Verkehr, soll durch starken Ausbau von Radwegen und die Förderung von Elektrofahrrädern erhöht werden.*
- **Frachtenverkehr:** *Im Bereich des Gütertransports fordert der Wandel, dass eine Verlagerung hin zur Nutzung von Güterzügen forciert und möglichst nur der Nahtransport durch LKWs übernommen wird.*
- **Reformierung der Pendlerpauschale:** *Derzeit profitieren BezieherInnen hoher Einkommen überproportional von der Pendlerpauschale. In einem ersten Schritt soll deshalb eine sozial gerechtere Gestaltung zugunsten niedriger Einkommen realisiert werden.*
- **Stärkung des öffentlichen Bewusstseins:** *Der Öffentlichkeit muss verstärkt bewusst gemacht werden, dass konsumierte Güter über zum Teil erhebliche Strecken transportiert werden. Dieser Umstand sollte in der Kaufentscheidung berücksichtigt werden: Der Wandel fordert daher die Einführung eines verpflichtenden Kennzeichnungssystems auf Waren, um KonsumentInnen bei der Kaufentscheidung ein Maximum an Informationen zur Verfügung zu stellen.*

12. Gesundheitspolitik

Österreich verfügt über ein funktionierendes Gesundheitssystem mit Krankenkassen, die positiv bilanzieren, qualifizierten Arbeitskräften und modernen Krankenhäusern und Behandlungseinrichtungen. Das öffentliche, für jeden zugängliche Gesundheitssystem in Österreich ist eine große Errungenschaft, die mit allen Mitteln verteidigt und erhalten werden muss. Darüber hinaus stellt die Bereitstellung von öffentlichen Diensten, wie einer umfassenden Krankenvorsorge, eine wichtige Säule für die gerechte Verteilung von Wohlstand dar.

Um das hohe Niveau der österreichischen Krankenversorgung auch in Zukunft aufrecht erhalten und Zugang für alle sicherstellen zu können, müssen schon jetzt Reformen durchgeführt werden, die auf eine bessere Organisation, effizientere Ausgaben und eine Konzentration auf Gesundenpflege abzielen.

Maßnahmen

- **Zusammenlegung aller Krankenkassen:** Der Wandel fordert die Zusammenlegung aller Krankenkassen zu einer zentralen Institution. Dadurch können hohe Kosten im Bereich der Verwaltung eingespart und gleichzeitig eine Vereinfachung des Gesundheitssystems realisiert werden.
- **Verwaltung von Krankenhäusern:** Zurzeit finanziert neben den Krankenkassen der Bund die unter der Verwaltung der Länder stehenden Krankenhäuser. Gleichzeitig verfügt der Bund jedoch über keinen Einfluss auf die Verwendung dieser Gelder, was zu einer Politisierung der Verhandlungen über diesen Finanzrahmen führt und negative Auswirkungen auf die effiziente Nutzung dieser Gelder auf Landesebene hat.

Um die Ausgaben effizienter und unpolitischer zu verwalten, fordert der Wandel die Schaffung eines Kontrollgremiums mit Vertretern aus Bund, Ländern und Krankenkassen. Dadurch soll die Verantwortung gegenüber den Geldgebern gesteigert und ein besserer wechselseitiger Kontrollmechanismus etabliert werden.

- ***Pharmaindustrie:** Die Interessen der Pharmaindustrie sind oft mit den Interessen der Allgemeinheit nicht in Einklang zu bringen. In der Gesundheitsvorsorge muss es andere Maßstäbe als in der restlichen Wirtschaft geben. Der Wandel fordert daher ein Umdenken vor allem in den Bereichen Transparenz und der stärkeren Verbreitung von Generika.*
- ***Aufklärung und Prävention:** In Zeiten, in denen es für die meisten Krankheiten Therapien und Medikamente gibt, tritt die ganzheitliche Gesundheitsvorsorge oft zu sehr in den Hintergrund. Der Wandel plädiert daher für eine stärkere Konzentration auf die Vorbeugemedizin sowie Aufklärungsarbeit, z.B. über den Einfluss von Sport/Nahrung/Medikamentenkonsum etc. auf die Gesundheit, um einen bewussteren Umgang der Menschen mit ihrer Gesundheit zu unterstützen.*

13. Verteidigungspolitik

Der Wandel tritt für die Abschaffung der unzeitgemäßen Wehrpflicht und die Schaffung eines Berufsheeres mit den Schwerpunkten Katastrophenschutz und Friedensmissionen ein. Ein Berufsheer ist in der Lage, diese Aufgaben professioneller zu übernehmen, während gleichzeitig jungen Männern nicht 6 bzw. 9 Monate ihrer „Ausbildung“ im volljährigen Alter per Gesetz verordnet werden.

Durch die Aufhebung der Wehrpflicht entfällt auch der Präsenzdienst in Form des Zivildienstes. Um jungen Menschen weiterhin die Möglichkeit der sozialen Arbeit zu bieten und Personalengpässen im Sozial- und Gesundheitssystem vorzubeugen, soll eine neue Form des Freiwilligen Sozialen Jahres eingeführt werden.

Maßnahmen

- **Abschaffung der Wehrpflicht:** *Der Wandel fordert die Abschaffung der Wehrpflicht in Österreich und den Aufbau eines professionellen Berufsheeres, dessen Schwerpunkte in den Bereichen Katastrophenschutz und Friedensmissionen im Ausland liegen.*
- **Reduktion des Verteidigungsbudgets:** *Durch die Umstellung auf ein Berufsheer und die damit einhergehende Verkleinerung des Heeres soll das Militärbudget kontinuierlich gesenkt werden. Ziel ist eine Halbierung der Ausgaben bis 2020.*
- **Auflassung von Kasernen:** *Im Zuge der Einführung eines Berufsheeres sollen kleinere Kasernen aufgelassen und in die Verantwortung lokaler Gemeinden, bspw. für sportliche, kulturelle oder familiäre Projekte, gegeben werden.*

- *Freiwilliges soziales Jahr: Einführung eines freiwilligen sozialen Jahres, dass allen ab dem 16. Lebensjahr angeboten wird. Die Entlohnung muss dem Niveau der Mindestsicherung erfolgen.*

Nachwort

In Zeiten von Krisen, Korruption, Führungs- und Visionslosigkeit bedarf es neuer Impulse und Innovationen, um die nötigen Erneuerungen unseres politischen und wirtschaftlichen Systems sowie unserer Gesellschaft zu realisieren und den unkalkulierbaren Konsequenzen der derzeitigen Umbrüche zuvorzukommen.

Der Wandel tritt ein für das Recht auf ein gutes Leben für alle, in einer fortschrittlichen und solidarischen Gesellschaft, in der jede und jeder die gleichen Chancen hat, Ressourcen gerecht verteilt sind und in der wir nachhaltig mit unserer Umwelt umgehen.

Eine Vision, in der die Menschen gemeinsam nach Gerechtigkeit, Wohlstand und Fortschritt in Freiheit streben.

Der Wandel 2013